

Bezugspreis:

Einzelheft 30.- Pf., monatlich 10.- Pf.,
vierteljährlich 30.- Pf., halbjährlich 55.- Pf.,
jährlich 100.- Pf. (Postgebühren in
Deutschland und Österreich 10 Pf.,
in das übrige Ausland bis 10 Pf. zuzü-
gen). Subskriptionen werden in
Deutschland, Österreich, Ungarn,
Tschechien, Polen, Rumänien,
Serbien, Bulgarien, Griechenland,
Schweiz und in den Niederlanden
in die Postanstalten des Landes
eingetragen.

Der "Vorwärts" mit der Sonntags-
beilage "Welt u. Zeit" erscheint wochen-
weise einmal, Sonntags und Wen-
tags einmal.

Telegraphische Adresse:
"Sozialdemokrat Berlin".

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die in der Rubrik "Anzeigen" ent-
haltenen Anzeigen werden zu fol-
genden Preisen angenommen: 1. Zeile
für 10 Tage 1.- Pf., für 20 Tage 1.50 Pf.,
für 30 Tage 2.- Pf., für 40 Tage 2.50 Pf.,
für 50 Tage 3.- Pf., für 60 Tage 3.50 Pf.,
für 70 Tage 4.- Pf., für 80 Tage 4.50 Pf.,
für 90 Tage 5.- Pf., für 100 Tage 5.50 Pf.,
für 120 Tage 6.- Pf., für 150 Tage 7.- Pf.,
für 180 Tage 8.- Pf., für 200 Tage 9.- Pf.,
für 250 Tage 10.- Pf., für 300 Tage 11.- Pf.,
für 350 Tage 12.- Pf., für 400 Tage 13.- Pf.,
für 450 Tage 14.- Pf., für 500 Tage 15.- Pf.,
für 600 Tage 16.- Pf., für 700 Tage 17.- Pf.,
für 800 Tage 18.- Pf., für 900 Tage 19.- Pf.,
für 1000 Tage 20.- Pf. (Postgebühren
in Deutschland und Österreich 10 Pf.,
in das übrige Ausland bis 10 Pf. zuzü-
gen). Die in der Rubrik "Anzeigen" ent-
haltenen Anzeigen werden zu fol-
genden Preisen angenommen: 1. Zeile
für 10 Tage 1.- Pf., für 20 Tage 1.50 Pf.,
für 30 Tage 2.- Pf., für 40 Tage 2.50 Pf.,
für 50 Tage 3.- Pf., für 60 Tage 3.50 Pf.,
für 70 Tage 4.- Pf., für 80 Tage 4.50 Pf.,
für 90 Tage 5.- Pf., für 100 Tage 5.50 Pf.,
für 120 Tage 6.- Pf., für 150 Tage 7.- Pf.,
für 180 Tage 8.- Pf., für 200 Tage 9.- Pf.,
für 250 Tage 10.- Pf., für 300 Tage 11.- Pf.,
für 350 Tage 12.- Pf., für 400 Tage 13.- Pf.,
für 450 Tage 14.- Pf., für 500 Tage 15.- Pf.,
für 600 Tage 16.- Pf., für 700 Tage 17.- Pf.,
für 800 Tage 18.- Pf., für 900 Tage 19.- Pf.,
für 1000 Tage 20.- Pf. (Postgebühren
in Deutschland und Österreich 10 Pf.,
in das übrige Ausland bis 10 Pf. zuzü-
gen).

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Telefon: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197.

Donnerstag, den 1. Juli 1920

Vorwärts-Verlag S. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Telefon: Amt Moritzplatz, Nr. 11753-54.

Der Reichstag über Spa. Misstrauensantrag der U. S. P.

In der gestrigen Reichstagsitzung hat die Unabhängige Fraktion ein ausdrückliches Misstrauensvotum gegen die neue Regierung eingebracht. Konnte man aus den Ausführungen Debourgs noch entnehmen, daß die Unabhängigen zwar scharfe Opposition üben, aber doch der Regierung angesichts der auswärtigen Lage keine besonderen Schwierigkeiten bereiten wollten, so wird diese Annahme durch den Misstrauensantrag plötzlich widerlegt. Daß dieser Antrag von der bürgerlichen Mehrheit des Reichstages angenommen werden würde, haben die Unabhängigen selbstverständlich keinen Augenblick vorausgesetzt. Sie verfolgen also mit ihrem Antrag augenscheinlich nur Demonstrationsabsichten. Insbesondere wollen sie die Sozialdemokratische Fraktion vor die Alternative stellen, entweder dem Misstrauensvotum zuzustimmen oder es abzulehnen. Sie wissen sehr gut, daß die Zustimmung der Sozialdemokraten zu dem Antrag der Regierung den Boden entziehen würde, auf dem sie stehen muß, um in Spa verhandlungsfähig zu erscheinen.

Aus diesem Grunde aber wird die Sozialdemokratische Fraktion dem unabhängigen Antrage ihre Zustimmung nicht geben können. Sie hat gestern Abend noch Schluß der Reichstagsitzung bereits eingehend über den Antrag verhandelt und ist dabei zu dem einmütigen Entschluß gekommen, ihn abzulehnen.

Die Ablehnung des Misstrauensvotums bedeutet selbstverständlich in keiner Weise ein Vertrauensvotum. Die Sozialdemokratie hat von vornherein erklärt, daß sie sich bei Abstimmung über ein Vertrauensvotum der Stimme enthalten würde, daß sie aber nicht beabsichtigt, der neuen Regierung von vornherein unüberwindliche Schwierigkeiten zu bereiten. Von diesem Gedanken läßt sie sich auch eiten bei der Behandlung des unabhängigen Antrages. Die Fraktion hat ausdrücklich erklärt, daß sie die Laten der Regierung erwarten will, bevor sie endgültig zu ihr Stellung nimmt. Vorher durch ein Misstrauensvotum sich festzulegen lehnt sie ebenso entschieden ab als die Zustimmung der Regierung von vornherein ihr Vertrauen auszusprechen.

4. Sitzung, Mittwoch, den 30. Juni, mittags 1 Uhr.
Am Regierungstisch: Hebenbach, Dr. Heine, Koch, Wirth.
Abgeordneter Dr. Heine erklärt auf Antrage, daß die Regierung bereit sei, die Interpellationen über Vorbereitungen zum Generalkrieg über die Proviantversorgung in rheinisch-westfälischen Industriegebiet und über die Ermäßigung der Lebensmittelpreise in den nächsten Tagen zu beantworten.

Ein Antrag des Geschäftsausschusses auf Aufhebung der gegen den Abg. Wittwoch (U. S. P.) verhängten Kesseltaste wegen verächtlichen Redensarten für die Dauer der Sitzungsperiode wird einstimmig angenommen, ebenso ein gleicher Antrag auf Aufhebung eines gegen den Abg. van den Kerckhoff (Dnat. Sp.) verhängten Strafverfahrens wegen Steuervergehens.

Die politische Aussprache.

Die Aussprache über die Regierungserklärung wird darauf fortgesetzt.

Abg. Trimbora (Z.): Wir sind in eine neue Periode unserer politischen Entwicklung eingetreten. Die Grundlage unserer Tätigkeit muß die Reichserklärung sein. Sie ist unüberwindlich. Wir sind heute noch trotz aller Kritik der festen Überzeugung, daß die alte Regierungskoalition die einzige Möglichkeit hat, zur Befriedung und zum Wiederaufbau zu gelangen. Daß die Deutsche Volkspartei namentlich der Regierung beigetreten, ist eine wesentliche Stärkung der Regierung. Wir beklagen es andererseits, daß die Sozialdemokratie aus der Koalition ausgetreten ist. Eine Regierung ohne jede Demokratie und Arbeitervertretung könnte uns nicht helfen. Unsere herzlichsten Genesungswünsche begleiten den Reichslangler bei der Übernahme seines opferreichen Amtes. (Beifall.)

In Spa

mit unseren Meannern klar gemacht werden, daß Deutschland nicht Lebenslust und Lebenslust geminnen kann, wenn ihm nicht die Lebensnotwendigkeit gegeben wird. Die überwiegende Mehrheit des Volkes lehnt sich aber nach einer kurzen Regierung. (Beifall.) Die ewige Notensicherung kann uns nichts helfen. Die Einnahmen und Ausgaben müssen in Einklang gebracht werden, sonst sind wir tot; wir sind schon dem Abgrund nahe. (Sehr richtig!) Die von Breiten plante Zwangspensionierung aller Beamten über 65 Jahre ist aus dem Sparpunktstandpunkt bedenklich. Vor allem müssen Eisenbahn und Post billiger arbeiten. (Sehr richtig!) Die neue Befehlshaberordnung ist schon jetzt wieder lächerlich geworden. Wir müssen mehr Wagen, mehr Kohlestoffe erzeugen. Kohle und Holz müssen der Volkswirtschaft zu erschwinglichen Preisen zugeführt werden. Wir billigen alle Maßnahmen, die dazu helfen, uns über

die beginnende Wirtschaftskrise

hinwegzuhelfen und der wachsenden Arbeitslosigkeit vorzuzugungen. Das Bekannnis des Reichslanglers zur Sozialreform

begreifen wir. Die Lebensnotwendigkeit kann nur verbessert werden durch die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion. Bei den Grundlagen der Ernährung würde die Aufhebung der Zwangswirtschaft zu Preissteigerungen führen, die mit dem Wohl der Bevölkerung nicht vereinbar sind. Die Männer der neuen Regierung können unseres vollen Vertrauens gewiß sein. (Lebhafte Beifall im Zentrum.)

Abg. Dr. Stresemann (D. Sp.): Es ist scharfe Kritik geübt worden an dem parlamentarischen System. Besonders beachtenswert war die Stellung der Reichstagssozialdemokraten. Obgleich man ihre Mitarbeit wünscht, versagten sie sich der Mitarbeit. (Zuruf bei den Soz.: Seit wann wird denn diese Mitarbeit gewünscht?) Das, was in den Monaten des Wahlkampfes, namentlich auch von den literarischen Mitarbeitern des "Vorwärts" geleistet worden ist, läßt in wohl an Bescham und Taktlosigkeit nichts zu wünschen übrig. Einer

verrättnigen Sozialisierung

wird sich niemand entgegenstellen, wenn durch sie die Hebung der Produktion gewährleistet wird. Den Gesamtaufbau des Kabinetts hätten wir uns allerdings gern anders gewünscht, doch begrüßen wir es als eine Etappe auf dem Wege zur Einpolitisierung unserer Wirtschaft. Die Zwangswirtschaft hat sich mannigfach gut und allmählich bewährt, jetzt ist sie aber reif, bis auf wenige unentbehrliche Nahrungsmittel beseitigt zu werden. Der Wirtschaftskreis ist mit seinen 800 Mitgliedern zu vielföpfig. Die Wirtschaft muß von der Zentralisierung befreit, die Landwirtschaftsämter mehr gehört werden, damit nicht immer Klagen über die

Besorgung von Berlin

laut werden. Die Unterschrift in Spa kann noch verhängnisvoller für uns werden als die in Versailles. Sie kann uns vor Wirklichkeiten stellen, die für Deutschland verhängnisvoll sind.

So ohnmächtig sind wir nicht.

trotz des verlorenen Krieges, als daß nicht unsere Wirtschaft mitbestimmend wäre für die anderen Völker. Die sogenannten Staatsnoten müssen den Auslandskreditern gleichgestellt werden. Auch auf das Verhalten der Besatzungstruppen im besetzten Gebiet ist in Spa hinzuwirken. Dasselbe gilt für die Schikanierungen in Ostpreußen durch die Polen. Jedenfalls darf in Spa der Dank, feste Verhältnisse zu schaffen, nicht dazu führen, unerfüllbare zuzugestehen. (Lebhafte Zustimmung.) Das neue Kabinett hat in kürzester Zeit sein Amt übernommen. Möge es ausdauernde Arbeit leisten, dann wird die große Mehrheit des Volkes hinter ihm stehen. (Lebhafte Beifall bei der Deutschen Volkspartei.)

Abg. Schiffer (Dem.): Wenn durch unsere Haltung die Bildung der Regierung verzögert worden ist, so ist das nicht unsere Schuld. Hätten wir eher unsere Einwilligung gegeben, so hätte man uns vorgemurrt, wir gingen an unseren Knechten. (Sehr richtig! bei den Demokraten.) Dieser Standpunkt ist von der Sozialdemokratie nicht geteilt worden. Das hätte ich für einen schweren Fehler. Wenn eine Partei eine Verantwortung hat, so kann sie die Folgen nicht dadurch von sich abwälzen, daß sie aus der Regierung austritt. (Zustimmung.) Die Stellung der Sozialdemokratie ist immerhin insofern zweifellos, als sie der Regierung ihre materielle und politische Unterstützung nicht verweigert. Gerade wir Demokraten schlagen die Brücke zwischen den beiden Volksteilen, die auseinanderzuflattern drohen. Die Mitarbeit der Deutschnationalen haben wir nicht als im Interesse des Vaterlandes betrachten können. (Lebhafte Beifall, hört, hört!) Die Gefahr, in die unsere Interessen gegenüber dem Ausland bei einer Beteiligung der Deutschnationalen geraten würden, ist zu groß. (Sehr richtig! bei der Mehrheit.) Der demokratische Gedanke ist maßgebend gewesen für die Regierungsbildung wie für die Regierungserklärung. Der Geist der Demokratie zeigt sich durch, weil er der Stärkere ist. (Lebhafte Beifall.) Das Programm des Reichslanglers begrüßen wir. Seine Erklärung ist von tiefem sittlichen Gefühl getragen. Die große Zahl von Einzelheiten, die sie enthält, bürgt uns dafür, daß man sich über alle diese Fragen im Kabinett geeinigt hat und daß das Kabinett daher von Dauer sein kann.

Es fehlt leider dem Volk an Verständnis

für die Schwere der Zeit. Die Geschichte beweist, daß große Staaten immer dann zugrunde gegangen sind, wenn die inneren Zwistigkeiten den Vorrang erhielten.

Der Friedensvertrag will uns gleichzeitig niederwerfen und aus uns Rippen ziehen. Die dringend notwendige Revision des Friedensvertrages können wir nicht erhoffen von einer sozialistischen Internationale, sondern von der Internationale des wachsenden Glanzes der ganzen Welt.

Wir werden in Spa nicht dramatisieren und intrigieren, sondern bis zum äußersten loyal und offen sein. (Beifall.) Wird diese Sprache nicht gehört, dann müssen wir, wie schlimm die Folgen auch sein können, ein Nein sagen (Lebhafte Beifall), denn das schlimmste wäre, jetzt etwas zu versprechen, was wir nicht halten können. — Alle die geistlichen Ziele müssen im engen Einvernehmen mit den Ländern erreicht werden. Wenn die Dinge zum Einheitsstaat drängen, so können wir doch einen zentralistischen Einheitsstaat nicht brauchen. (Sehr richtig!) Eine starke Regierung, die Wahrheit, Entschlossenheit und Tatkraft besitzt, werden wir gern unterstützen. (Lebh. Beifall b. d. Dem.)

(Fortsetzung auf der 2. Seite.)

Das große Problem.

Eine neue Schrift von Otto Bauer.

Den Angehörigen, die sich mit dem Problem des Bolschewismus redlich abmühen und das dringende Bedürfnis empfinden, etwas Klarer zu sehen, kann gar nicht genug die Schrift des Genossen Otto Bauer "Bolschewismus oder Sozialdemokratie" empfohlen werden, die längst im Verlag der Wiener Volksbuchhandlung erschienen ist.

Die westeuropäische Literatur über den Bolschewismus war bisher im wesentlichen politisch-agiatorischer Natur. Entweder wurde der Bolschewismus als das rasende Schreckgespenst geschildert, das ganz Europa zu verschlingen drohte, oder er erschien in göttlicher Verkörperung als Lichtbringer, Retter, Befreier der ganzen Welt. Otto Bauers Schrift hält sich von allen Verzerrungen, die Haß oder Streit hervorzurufen, völlig fern. Ihr Bestreben ist es, dem Bolschewismus mit den Mitteln marxistischer Methode zu begreifen und begeistert zu machen. Die politischen Folgerungen, die dann zu ziehen sind, ergeben sich mühelos von selbst.

In Bauers Darstellung tritt der Doppelsinn der großen russischen Revolution klar zutage. Sie hat auf dem Lande, das heißt in dem erdrückend größeren Teil der russischen Volkswirtschaft, erst das Werk vollbringen müssen, das in Westeuropa schon von den bürgerlichen Revolutionen vollbracht worden ist: sie hat nämlich die Bauernbefreiung erst wirklich vollzogen und auf dem Lande — gegen die theoretischen Bestrebungen der Bolschewisten — die bürgerliche Eigentumsordnung aufgerichtet. Dadurch hat sie sich bei den breiten Massen des Landes die Unterstützung oder wenigstens die wohlwollende Neutralität gesichert, um in den Industriestädten die einzige Form des Sozialismus anzuknüpfen, die für Russland möglich war, nämlich den despotischen Staatssozialismus.

Bauer bestätigt, daß Russland heute eigentlich nur von der kommunistischen Partei regiert wird, die etwa 100.000 bis 200.000 eingeschriebene Mitglieder zählt, und in fesselnder Weise fest er auseinander, wie in Russland eine solche Minderheitsherrschaft möglich geworden ist und wie in rasendem Schnelltempo der Entwicklung der Weg zurückgelegt wurde von der ursprünglich geplanten Selbstbestimmung der Arbeiter im Produktionsprozeß bis zur Kräftigen Militarisierung der Betriebe, wie gerade die vollständige Auflösung der Industrie auch das Selbstbestimmungsrecht, zu dem die russischen Arbeiter nicht reif waren, die Nationalisierung der gesamten Produktion notwendig machte — viel schneller, als es ursprünglich in der Absicht der Bolschewiki selbst gelegen war.

Jüngst hat ein begeisterter Moskauer, der hochachtbare Genosse B. Smeral, seinen ersten Bericht über seine Erfahrungen mit den Worten eingeleitet: "Ich komme als ein anderer Mensch aus einer anderen Welt." Aus Bauers leidenschaftsloser Darstellung lernen wir verstehen, daß Russland tatsächlich eine ganz andere Welt ist, als unser Westeuropa, und daß es das nicht erst durch den Bolschewismus geworden ist: eine andere Welt war Russland schon vorher, und nur aus seiner Eigenart läßt sich die Entstehung des Bolschewismus begreifen.

Bauer glaubt nicht, daß das, was jetzt von den Bolschewiki geschaffen wird, eine auch nur vorläufig "endgültige" und auf andere Länder anwendbare Form der menschlichen Gesellschaft darstellt. Russland wird nach seiner Ueberzeugung über die rückständige Stufe der Diktatur hinaus sich zur vorgezeichneten Demokratie entwickeln, zugleich aber auch, wenn es wieder mit der übrigen Welt in wirtschaftlichen Kontakt kommt, in seiner "Vollsozialisierung" — die sich auf den größten Teil seiner Wirtschaft, auf die Landwirtschaft nicht erstreckt — manchen Block zurücksteden müssen.

Das Ziel des Sozialismus sieht Bauer nicht in dem despotischen Staatssozialismus Russlands, sondern eher im "Industrialsozialismus Englands, der auf dem Prinzip des "industrial selfgovernment", der industriellen Selbstverwaltung, aufgebaut ist. Auch er ist der Ueberzeugung, daß ein Sprung vom Kapitalismus zum Sozialismus, wie er in Russland vollzogen wurde, eben nur in Russland, sonst aber in keinem anderen Lande der Welt möglich ist, daß namentlich in Westeuropa, wenn nicht die furchtbaren Zerstörungen angerichtet werden sollen, der Umbau der Wirtschaftsordnung nur allmählich erfolgen kann. Habe die Diktatur schon in Russland die Lage des industriellen Proletariats nicht verbessert, sondern furchtbar verschlechtert, so würden ihre Folgen in Westeuropa noch viel schrecklicher sein.

In seinem Schlußkapitel kommt dann Bauer auf die Aufgaben der deutschen Revolution zu sprechen, über die er folgendes ausführt:

"Die erste Voraussetzung der Erfüllung ihrer Aufgabe ist der vollständige, der restlose Bruch mit den Traditionen und den Ideen des Bismarckschen Zeitalters. Der Sozialismus kann aber die Nation von der Ideologie der Vergangenheit nicht befreien, ehe er nicht sich selbst völlig und reiflos von ihr befreit hat. Das erfordert nicht nur die Emanzipation von allen Nachwirkungen jener geistigen Kapitalisation vor der

Ideologie des deutschen Herrschaftssystems
der Vergangenheit, die der eigentliche Inhalt der „Politik des 1. August“ war. Das erfordert mehr! Wollen wir frei werden von dem Banne der Ideen, die das Erbe der ost-europäischen Epoche in Deutschlands Geschichte sind, dann müssen wir uns befreien von dem Aberglauben an die Allmacht der Gewalt und an die Allgewalt des Staates. Dieser Befreiung steht heute der Bolschewismus im Wege. Denn zwischen dem baltischen Sozialismus der Lenin, Plehanow, Spengler, die den preussischen Staat als die Vorstufe des Sozialismus, den Sozialismus als die Verwirklichung der preussischen Staatsidee feiern, und dem russischen Kommunismus besteht eine innere Verwandtschaft; hier wie dort ist es derselbe Aberglaube an die selbständige Schöpferkraft der Wunder der wirkenden Gewalt, hier wie dort dieselbe Hoffnung auf den allmächtigen Staat, die Individuen in allen ihren Lebensbeziehungen sich unterwerfenden Staat, hier wie dort derselbe Wahn, die Allmacht einer herrschenden Minderheit könne und solle die gehorchende Masse zu höheren Lebensformen zwingen. Wir sind von der Ideologie des Preussentums nicht frei, solange wir die preussische Staatsidee nur in eine andere Sprache übersetzen, nur mit anderen Farben schmücken, nur einer anderen Klasse dienstbar machen. Wir müssen dem Preussentum eine andere, ihm wirklich radikal entgegengegesetzte Staatsidee entgegenstellen: einen Sozialismus, dessen Wurzel der Freiheitsdrang des Individuums, dessen Quelle die Selbsttätigkeit der Masse, dessen Ziel das Selbstregiment aller Werktätigen ist. Noch steht keine der deutschen Arbeiterparteien diese Aufgabe: nicht die Rechtssozialisten, die von dem alten Preussentum nicht emanzipiert sind, und nicht die Unabhängigen und die Kommunisten, die der Verletzung des neuen Russentums erliegen. Nichts tut dem deutschen Sozialismus dringender not als ein Eintrag jener echten, aus individualistischer Wurzel entsprossenen Demokratie, die in dem englischen Gedanken des industrial selfgovernment, der sozialen Umgestaltung durch die Selbsttätigkeit und Selbsterziehung der Masse, ihre Verwirklichung sucht.

Bauer befindet sich hier insofern im Irrtum, als er den „baltischen Auffassungen“ vom Sozialismus einen Einfluss auf die Ideenwelt der deutschen Sozialdemokratie zuschreibt, den sie nicht besitzen. Aber wenn seine Voraussetzungen richtig wären, dann würde auch seine Kritik zutreffend sein.

Für uns ist es in erster Reihe wertvoll, daß ein österreichischer Genosse, der auf dem linken Flügel der Partei steht, die Uebertragung bolschewistischer Methoden auf Deutschland in so unabweislicher Weise ablehnt, wie es in diesem vorzüglichen Buche geschieht.

Ausnahmegesetz gefällig?

Nachdem die Reichspresse jetzt nach der Wahl ununterbrochen Schauermärchen über die Auffassung einer „Roten Keme“ verbreitet hat, rückt der Berliner „Sozial-Anzeiger“ endlich mit den Forderungen heraus, welche man durch diese Kammerarbeit durchzuführen wünscht: Beschleunigte Aufschärfung der radikalen Fährer und Unterbindung der kommunistischen Propaganda; dazu Befestigung aller ungeheuerlichen Körperlichkeiten und eine starke, unpolitische Polizei.

Man will also rasch ein kleines Kommunistenausnahmegesetz schaffen. Aber das ist doch wirklich vergebliche Mühe. Unter dem alten Hohenzollern-Regime hat man 1878 dem verhängnisvollen Spieser ein Sozialistengesetz abdrücken können — die Republik in die ausnahmegesetzliche Bahn zu drängen, wird keines Falles gelingen, das ist verlorene Liebesmühe.

Unmittelbar verdient die Offenheit des „Sozial-Anzeigers“ Dank. Jetzt weiß man wenigstens, was durch den Spektakel über die „kommunistischen Waffentlager“ und „Generalstreikpläne“ erreicht werden soll.

Ernst Stadler.

Von Hans Sogaczewer.

Alle, alle werden sie rasch vergessen. Die viele wissen denn noch von Georg Heym, dem Jungen, dem heute Schaffende Vestes verbannt? Zu Kurt Hillen, „Menschheitsdämmerung“ stehen einige seiner Gedichte; die Romane „Der Dieb“ sind schon vergessen. Vor einem knappen Jahre erschienen Alfred Stichtenhofs „Gedichte und Gesichten“. Er fiel im Krieg. Seine Gedichte und seine Prosa sind in der Form oft noch ungebändigt, sind aber ein Epos, lassen erstrahlen, besitzen Gestalt — vergessen! Von Ernst Stadler sprach man als der Krieg begann. Seine Gedichte „Aufbruch“ fanden Echo. Doch heute? Nun aber findet sich einer, der ihm Worte zum Gedächtnis spricht, ein Freund, Hans Raumann, und sie erschienen bei Alfred Richard Meyer.

Kein bloßes Zwiegespräch, nicht Schmerz nur um einen Dichter, sondern Nachleben einer Persönlichkeit. Ernst ist international; dichterisches Erleben national. Raumann zeigt, was die lauffähige Regierung, was intellektuelle Deutschlands am Elck verstanden haben, wie sie es abseits ruhen ließen. Straßburg war Außenleiter, Stiefkind; Kunst verirrte sich nur selten nach dort; Philistertum blühte oder jener Nationalismus, der mit offener Munde idrett. Hier wirkte Stadler, 1888 in Kolmar geboren. Er war Eisäßer mit Hirn und Herz, Esah war ihm kulturelles Bindglied und deutsches Eigentum zugleich. Seine Gedichte sind visionär, sie sind auch voll spannender Erregung. Kurzatmig oft im Seelischen, langsam in der sprachlichen Prägung. Wirklich bedeutet sein „Aufbruch“ auch ihm selbst Aufbruch. Einmal heißt es: „Form ist Wollust, Friede, himmlisches Genügen, doch mich reizt es, Adersollen umzufliegen.“ Warum wird ein solcher vergessen?

Raumann hebt die Stadlerische Weltstimmung hervor, die durchaus auf das Ethische gerichtet war. Freilich sein „Aufbruch“ zeigt einen Schöpfer, keinen ästhetischen Spieler. Früherprezisionisten dringt ihn Raumann. Die Deutschland heute etwas sagen könnten, haben. Christian Morgenstern war der Gedächtnis. Was man aus Hans Raumanns Worten erfährt, läßt ahnen, daß in Stadler auch ein Förderer und ein Schöpfer spirituellen Erlebens Deutschland zu früh entrißen ward.

Das Herz Frankreichs. Ein Dokument seelischer Empörungen aus dem Jahre des großen Werdens ist das vier Bogen starke Buch, das Swan Goll und Claire Goll in vollwertigen Uebersetzungen französischer Dichtersprachen unter dem Titel „Das Herz Frankreichs“ durch Georg Müller-Winchen haben in die deutsche Sprache geben. Achtzehn Dichter wirken in dieser Sphäre zusammen: Roman, die im letzten Jahrzehnt europäischen Welt gewonnen, und in der Gruppe des Dichters, das geboten wird, einzelnes, das in dem Atem des Wiedererlebens hat. Unter den Namen: Mallarmé, Guillevain, Rimbaud, Romain, Chenevière,

265 Milliarden innere Reichsschuld!

Im Haushaltsausschuß des Reichstags erklärte Staatssekretär Schröder, daß der vorliegende Etat nur die dringendsten Anforderungen enthalte, es werde aber möglichst bald ein zweiter Nachtrag folgen. Der Minister des Innern (Soz.) verweist auf die zumeist aus dem Eisenbahn- und Postbetriebe mit Wagnern betriebsenden 4000 neu angeforderten Beamtenstellen und wünschte, daß auch in anderen Ministerien Stellen nachgeholt würden. Auf Anfrage gab Finanzminister Dr. Wirth ein trübes Bild über die schlimme Finanzlage des Reichs:

265 Milliarden Gesamtschuld.

dazu eine Menge großer Ausgaben und weiteres Verlangen auf Gewährung von Reichsmitteln für alle möglichen Zwecke. Der Finanzminister wird sich Donnerstag im Plenum darüber äußern. An der Forderung, 150 Millionen Mark für Wohnungszwecke, knüpfte sich eine längere Aussprache, an der sich die Abgg. Rumohr (Dnat.), Dr. Delbrück (Dnat.), Erling (F.), Eichhorn (U. Soz.) und Schirmer (Bayer. Fp.) beteiligten, die alle eine nachdrückliche Forderung des Wohnungsbaues und der Materialbeschaffung forderten. Reichsarbeitsminister Dr. Brauns und Ministerialrat Glay betonten, daß vom Ministerium alles geschehe, um die Wohnungsnot zu bannen; der Mangel an Baustoffen, wie andere Dinge erschweren diese Arbeit außerordentlich.

Preußens Staatsregierung.

Der Verfassungsausschuß der preussischen Landesversammlung wählte sich dem Kapitel Staatsministerium zu. Nach den Beschlüssen des Innenausschusses soll der Staatspräsident den Ministerpräsidenten und auf dessen Vorschlag die übrigen Minister berufen. Gegen diese Regelung erhoben die Sozialdemokraten lebhaften Widerspruch, weil dadurch der Staatspräsident über den Landtagspräsidenten emporgehoben und zu einer Art Staatspräsidenten emwickelt werde. Das Zentrum hielt nachdrücklich an dem Vorschlag fest. Schließlich machte Dr. Reuter (Dem.) den Vorschlag, die Beratung der Minister wie bisher dem Präsidenten des Landtags zu überlassen, oder festzusetzen, daß er keiner Fraktion angehören und an Abstimmungen nicht teilnehmen dürfe. Dieser Antrag fand eine aus Demokraten, Sozialdemokraten und Unabhängigen bestehende Mehrheit. Zu § 27, der die kollegiale Geschäftsführung des Staatsministeriums und die leitende Stellung des Ministerpräsidenten abgrenzt, wurde ein Zusatzantrag Dr. Cohn (U. Soz.) angenommen, wonach die Beschlüsse des Staatsministeriums über die Geschäftverteilung unverzüglich dem Landtag vorzulegen und auf sein Verlangen abzuändern oder außer Kraft zu setzen sind.

Pacelli bei Ebert.

Der Reichspräsident empfing am Mittwoch den ersten apostolischen Nuntius bei der deutschen Regierung, Konstantin Pacelli, zur Uebersendung seines Beglaubigungsschreibens. Bei der Uebersendung führte der Nuntius in deutscher Sprache u. a. aus:

Die Errichtung einer Reichsbotschaft bei dem Heiligen Stuhl in Rom, dementsprechend die Gründung einer apostolischen Nuntiatur in Berlin, stellt ein Ereignis dar von historischer Bedeutung in der Entwicklung der Beziehungen zwischen dem apostolischen Stuhl und Deutschland und gleichzeitig eine feierliche Anerkennung des wohlwärtigen und unparteiischen Willens des Heiligen Vaters, der, erhaben über die menschlichen Leidenschaften, wie er während des Krieges der Verteidiger des Rechtes, ein Votum der Liebe und Förderer des gerechten Friedens war, so auch heute nicht aufhört, das durch den unglücklichen Kampf angegriffene Volk zu heilen und die Verbindung der Völker anzustreben.

Um dem deutschen Volke die händige Ruhe wiederzugeben, die für jeglichen dauerhaften Fortschritt notwendig ist, erachtet Seine Heiligkeit als von höchster Wichtigkeit die Eintracht zwischen den zwei Gewalten, der kirchlichen und der bürgerlichen. Aus diesem Grunde ist mir der Auftrag erteilt, mit den zuständigen Autoritäten die Beziehungen zwischen Kirche und Staat in Deutschland von neuem so zu regeln, wie es der neuen Lage und den heutigen Bedürfnissen entspricht.

Bei dieser Mission für Wiederaufbau und Frieden habe ich die feste Überzeugung, daß mir die wirksame Mitarbeit der hohen Reichsregierung nicht mangeln wird. Ich werde meine ganze Kraft daransetzen, die Beziehungen zwischen dem Heiligen Stuhl

und Deutschland zu pflegen und weiter zu festigen, überzeugt, daß auf diese Weise, während die religiösen Interessen der katholischen Bevölkerung geschützt bleiben, andererseits auch das Wohl des Staates mächtig unterstützt und gefördert wird.

Der Reichspräsident nahm das Beglaubigungsschreiben entgegen und dankte mit Ausführungen, denen wir folgendes entnehmen:

Ich danke Eurer Exzellenz von Herzen für Ihre freundlichen Worte. Es ist mir eine ganz besondere Genugung, als ersten beglaubigten Vorkoster den apostolischen Nuntius begrüßen zu können, durch dessen Entsendung die längst erwünschten unmittelbaren diplomatischen Beziehungen zwischen dem päpstlichen Stuhl und der deutschen Regierung hergestellt werden.

Das bisherige Wirken Eurer Exzellenz zeugt von gründlicher Kenntnis und verständnisvoller Berechtigung der deutschen Verhältnisse. Die Neuregelung des Verhältnisses zwischen Kirche und Staat in Deutschland soll geschehen auf Grund der Verfassung der Republik, die vollste Gewissensfreiheit verbürgt. Die Reichsregierung ist sich bewußt, daß hier eine die berechtigten Interessen beider Teile bauend befriedigende Einigung erreicht werden muß. Sie dürfen des größten Verständnisses und Entgegenkommens auf deutscher Seite von vornherein versichert sein.

Darüber hinaus liegen vor uns alle Aufgaben von größtem Ernst. Die Beziehungen zwischen den europäischen Völkern müssen im Geiste des Friedens und des Vertrauens wieder aufgerichtet werden. Deutschland ist entschlossen, hienzu mit allen Kräften mitzuwirken. Soll diese weltgeschichtliche Aufgabe gelöst werden, dann müssen sich alle Völker zu dem Gedanken der

Nächstenliebe und Versöhnung bekennen, deren unermüdbarer Verkünder der Papst stets gewesen ist. Ich gedenke dabei seiner priesterlichen Mahnung zum Gütlichwerden, seiner nie ruhenden Fürsorge für die Kriegsgefangenen und die hungernden Kinder, seiner von heiligem Ernst erfüllten Kundgebung über die Wiederherstellung des Weltfriedens. Durch dies von höher Menschlichkeit getragene Wirken hat sich Seine Heiligkeit der Papst den Dank der ganzen Welt erworben.

Bei der Zeremonie war der Reichsminister des Auswärtigen Dr. Simons zugegen. Der Nuntius war in Begleitung seines selbstbetretenden Abtore Grafen Brethling erschienen.

Der Reichspräsident in erster Linie zur Sprache, daß sich in Frankreich leider noch deutsche Kriegsgefangene befinden. Der Nuntius stellte im Anschluß, daß der Papst seinen Einfluß geltend machen werde, um auch diese Gefangenen wieder ihrer Heimat zuzuführen.

Die Unruhen.

Paris, 30. Juni. (Mitt.) Vier trafen schwere Unruhen aus, nachdem die Kohlen- und Gemüsehändler gezwungen worden waren, ihre Waren zu billigeren Preisen abzugeben. Plündernde Mengen durchzogen die Straßen; sie hatten es namentlich auf die Warenhäuser und Schuhwarengeschäfte abgesehen; es wurde viel geraubt. Die Schreckenspolizei schob, worauf die Menge das Feuer erwiderte. Bisher heißt es, daß zwei Sicherheitsbeamte erheblich verwundet worden sind; auch aus der Menge seien verschiedene getroffen sein.

Paris, 30. Juni. (Eigener Telegraph des „Vorwärts“.) Infolge der gegen die Lebensmittelwucherer durchgeführten scharfen Maßnahmen ließen die Kohlen- und Gemüsehändler die Märkte, auf dem von den Verbrauchern die Kohlen- und Gemüsehändler herabgesetzt wurden, fern. Die Erzeuger beschloßen, ihre Waren in das Industriegebiet abzugeben. Die Vertreter der Gewerkschaften der Eisenbahner beschloßen, die Wagenstellung zu diesem Uebervand zu verhindern.

Radaustudenten.

Krankfurt a. M., 30. Juni. (Eigener Telegraph des „Vorwärts“.) Als vor einiger Zeit Gerolf Professor Dr. Einzelmeier seine Antisemitische an der Universität hielt, wurde er von deutsch-nationalen Studenten auf das Roheste gestört, so daß er die Vorlesung abbrechen mußte. Die Führer sind jetzt ermittelt und wie ein Aufhänger am schwarzen Brett befestigt, mit schweren Strafen belegt worden. — Warten wir die Schwere ab!

Dallböck, in dessen Vertretung bisher unmöglich gemacht, aber sobald das als lebenswichtiger Betrieb anerkannt ist, wird durch Eingreifen der Natihilfe der Druck beendet werden. Keine Verschärfung, die Kunstwerke könnten unter den Coalitionen leidenschaftlicher Besucher vielleicht Schaden leiden, wurde durch die Mitteilung benachrichtigt, daß während der Ausstellungszeit in den Räumen des ein dänisches überzeugter Preisbeger anwesend sein werde.

Ernst gesprochen, hoffe ich aber, daß der Freiburger nicht in Täuschung zu treten braucht. Denn wenn in Ausstellungen, wie der der Novembergruppe am Lehrter Bahnhofs, das Publikum manches Mißverständliche kann, so ist hier jeder Irrtum über die Absichten der Arrangements ausgeschlossen. Das Ganze ist nichts wie ein und will nichts anderes sein. Und zwar handelt es sich um einen satirischen III. der sein Spitz im wesentlichen gegen die neue Kunst richtet, deren Anhänger die Dadaisten selber sind. Man verleiht die expressionistische Ausdrucksmittel, indem man sie durch Uebersetzung oder absichtlich geschmacklose Anwendung lächerlich macht, und man verleiht den jugendlichen Wahnwahn einiger Kunstrevolutionäre, indem man mit Marktschreiergebärden den Dadaismus als die allerschlimmste aller Künste hinstellt und prahlerisch mißachtet. Ein solches Selbstverleumdung oder amüser den Freund, wenn er Humor hat, und entwarfnet den Gegner.

Der Schmerz der Hinterbliebenen. Als der Albanerhändler Ernst Balch vor kurzem in Paris vor seinem Hotel erschossen wurde, besah sich, wie die „Frankf. Ztg.“ nach einer französischen Zeitung erzählt, in seiner Begleitung eine sehr hübsche und sehr elegante Vokietin, die als seine offizielle Freundin in galt. In dem Wirrwah, der dem Attentat folgte, kam ihr ein sanftmütiger kleiner Schlag und, den sie auf dem Arme getragen hatte, abhandelt. Sie sah, daß er sich verlor und zertreten wurde, oder daß ihn ein Hundstehhaber entwendete, lutz und gut; er war und blieb verschunden zum großen Schmerz der schönen Eigentümerin. Vergebens sah sie auf alle Polizeikommissariate, um nachzufragen, ob man ihren „Hou“ nicht gefunden habe. Der Leidnam des Albanerhändlers, der plötzlich aus dem Leben gerufen war, wurde nun in seiner Villa aufgebahrt. Viele Persönlichkeiten der Diplomatie und Gesellschaft hatten ihre Beileidsbesuche ab und verließen dabei nie, aus der Freundin des Verewigten ihre Teilnahme auszusprechen. Res tat auch ein hoher ausländischer Gast, der sich zuerst in Paris aufhält: „Was für ein Unglück“, meinte er, „trotz aller dieser Schicksal!“ Woran ist die tröstliche Hinterbliebenen: „Ja, ich muß eine Annonce in die Zeitungen setzen...“ Sie hatte ihren „Hou“ gemeint.

Die öffentliche Kundgebung der Studierenden der Universität Berlin gegen die Not der Studierenden und Arbeiter beginnt am 2. Juli, abends 8 Uhr, im Kolonnengebäude (gegenüber der Universität). Nach Antraten des Vertreters des Reichstages Reichsminister Dr. Simons und Dr. Simons, der sich über das Problem der Soldaten zwischen Kopf und Schwert, Ministerialrat Dr. Wirth, der die Wichtigkeit der Uebersetzung, Warten beim Ausbruch der Studentenpolitik.

Das rote Meer. Die letzten bei Hiesig u. Co. erschienenen Roman von Alexander Dicks, dessen Handlung sich auf dem Hintergrund von Krieg und Revolution abspielt.

Eröffnung des Reichswirtschaftsrats.

Der Saal ist bis auf den letzten Platz besetzt, auch die Tribünen sind gut besucht.

Der Reichswirtschaftsrat eröffnet als Alterspräsident die Sitzung pünktlich 8 Uhr; zu Schriftführern werden berufen Hepp, Kupffner, Wölskel und Georg Bernhardt.

Reichswirtschaftsrat begrüßt den vorläufigen Reichswirtschaftsrat namens der Reichsregierung und führt aus: Die Reichsregierung hat sich das ideale Ziel gesetzt, die Gleichberechtigung aller in der Wirtschaft tätigen Kräfte bei der Entwicklung der produktiven Kräfte der Nation herbeizuführen.

Nachdem dann die vorliegende Geschäftsordnung mit einigen vom Unterstaatssekretär Ebelen v. Braun beantragten Änderungen einstimmig genehmigt worden war und das Los entschieden hatte, daß der erste Vorsitzende des Reichswirtschaftsrats von den Arbeitgebern gestellt wird, erfolgte die Wahl des ersten Vorsitzenden.

Unterstaatssekretär a. D. v. Braun nahm die Wahl mit Dank an. Ich bin, sagte er, mir der schweren Verantwortung und der ersten Aufgabe, die mir zugefallen ist, wohl bewußt.

Segen der Erde.

Roman von Knut Hamsun.

Vielleicht hatte sie nicht beabsichtigt, ganz so weit zu gehen, jetzt mußte sie noch weiter geben, er sah ja da und starrte sie an.

„Was!“ rief er. „Die Kindsleiche damals. Du weißt auch gar nichts mehr! Wir haben doch in der Zeitung davon gelesen.“

„Du bist ein entsetzliches Weib!“

Aber seine Verwirrung stärkte sie, schätzte ihr eine Art unnatürlicher Kraft ein, so daß sie Einzelheiten berichten konnte: „Ich hatte es mit in meinem Koffer — ja, es war tot, das hatte ich gleich getan, als es geboren war.“

Axel sah finster und sämewendig da; aber Barbro redet weiter, das sei jetzt schon lange her, schon mehrere Jahre, es sei damals gewesen, als sie nach Maaneland kam.

Axel fragte: „Na, dann hast du wohl das zweite Kind auch umgebracht?“ „Nein,“ erwiderte sie äußerst gleichgültig. „Das hab' ich nicht nötig gehabt.“

von 7 weiteren stellvertretenden Vorsitzenden und 9 stellvertretenden Schriftführern, des wirtschaftspolitischen und sozialpolitischen Ausschusses, eines Geschäftsführungsausschusses und des Wahlprüfungsausschusses.

Die andauernde Schließung von Betrieben und die Verschärfung der Produktion bringen volkswirtschaftliche und soziale Schädigungen so schwerer Art, daß dringende Wege zur Abwendung dieser Gefahren zu erforschen sind.

Dieser Antrag wird an die erste Stelle der morgigen Tagesordnung gesetzt. Weiter wird sich die Donnerstagssitzung mit der Frage der Auflösung des Ausschusses für die Auftragsarbeiten des Reichswirtschaftsrats beim Reichswirtschaftsministerium befassen.

Nächste Sitzung Donnerstag Vormittag 11 Uhr. Die verlaufene, wird der Reichswirtschaftsrat sich nach der Donnerstagssitzung vertagen und seine Arbeiten erst wieder aufnehmen, wenn die deutschen Vertreter aus Spa zurückgekehrt sind.

Groß-Berlin

Kaiserbilder.

Der Minister verlierte vor geraumer Zeit, daß die Kaiserbilder aus den Schulräumen zu entfernen seien. Der Minister ging von der ganz richtigen Ansicht aus, daß in einer Republik die Sinnbilder der gestürzten Macht keinen Platz mehr hätten.

Der Minister ist glütig und hat Mitleid mit den armen Geisteskranken, die an Monomania nibelungensis, einer den Irrenärzten als Nibelungenkreuz bekannten schweren Seelenkrankung leiden.

Wenn die betreffende Anstalt sehr weit von seinem Machtbereich läge, so wäre es ja vielleicht unter den heutigen Verhältnissen schwierig, einen Beamten dorthin zu schicken.

Unberechtigte Preise ablehnen!

Die Preisprüfungsstelle Groß-Berlin teilt mit: Der Groß- und Kleinhandel wird dringend erlucht, seinerseits alles zu tun, was eine Senkung der jetzigen Preise für Obst und Gemüse herbeizuführen geeignet ist.

aber das zweitemal? Sie konnte mit einer Art von geschichtlichem Gefühl an die Tat denken: Das war geschehen und geschah auch wieder.

Mit schwerem Kopf verließ Axel die Stube. Es focht ihn weiter nicht sehr an, daß Barbro ihr erstes Kind umgebracht hatte; das ging ihn nichts an.

Die Stunden gingen hin, es wurde Mittag und es wurde Abend. Und als Axel zu Bett gegangen war und lange genug ins Dunkel hineingestarrt hatte, schlief er ein und schlief bis an den Morgen.

Barbro blieb immer dieselbe. Sie wußte sehr viel von der Welt und behandelte solche Kleinigkeiten, die hier auf dem Lande Gefahren waren und Schrecken verbreiteten, mit Gleichgültigkeit.

Preise unnötig zu steigern. Um einen Ueberblick zu geben für die Preise, die jetzt für Kirichen angemessen sind, lassen wir eine Aufstellung der tatsächlichen Unkosten folgen: Kirichen, bezogen aus Schlesien, also dem billigsten Gebiet

Table with 2 columns: Item and Price. Items include pro Zentner, Pfänderlohn, Anfuhr, Kraft, Holzgeld in Berlin, Kraft, um die Leerketten wieder zurückzugeben, 15 Proz. allgemeine Unkosten pro Zentner, Großhandelszuschlag 15 Proz., Kleinhandelszuschlag 80 Proz.

Die Durchschnittspreise für Kirichen mittlerer Art und Güte sind also in der Höhe von 1,50 bis 2,00 M. pro Fund angemessen.

Zwei Explosionen.

Gestern nachmittag ereignete sich in der Automobilreparaturwerkstätte von Köhler u. Co. in der Magazinstraße zu Charlottenburg eine folgenschwere Benzinexplosion, der zwei Menschenleben zum Opfer fielen.

Ein Magazin mit 800 Zentner Schwarzpulver lag in der Nacht zum Mittwoch im Alten Lager in Jüterbog in die Luft. Menschenleben sind nicht zu beklagen, wohl aber sind acht Soldaten leicht verletzt worden.

Vereitelter Rattenraub.

Der Kriminalpolizei war bekannt geworden, daß die Kasse des Freikorps Bülow in der Franzertalene Seitei geschloßt werden sollte.

Der Plan ging aus von dem früheren Leutnant Hälsemann. In dem Konjortium gehörten außerdem ein 84 Jahre alter Händler Josef Ziolkowski aus der Reichenberger Straße, ein Gastwirt Wilhelm Hauth aus der Dorotheenstraße 55 und mehrere Militärpersonen.

Gegen die Erhöhung der Markthallenstaubmieten.

Die Berliner Markthallenkommission hat in den letzten Jahren die Staubmieten mehrfach erhöht.

Der Referent, R. A. Dr. Kurt Alexander, wandte sich in scharfen Ausführungen gegen die Markthallenkommission, die nicht nach der Organisation der Stäubmieten vorher gefordert habe.

wiederholte noch einmal, sie hätte auf dem Kirchhof begraben und mit Erde bedeckt werden sollen, aber Barbro blieb auch jetzt dabei, daß ihre Handlungsweise ganz recht gewesen sei.

„Du glaubst es nicht?“ „Was du dir einbildest, daß dein Vater austrichten könne?“

„Was weißt denn du davon?“ rief sie ärgerlich. „Denk daran, daß du ihn ins Elend gebracht hast, du hast ihm seinen Hof und seinen Lebensunterhalt genommen!“

Sicherlich hatte sie eine Art Vorstellung davon, daß ihres Vaters Ansehen in der letzten Zeit eingebüßt hatte und daß dies zum Schaden für sie selbst auswirken könnte.

3.

Als es dem Winter zuzuging, war Axel wieder der einzige Mensch auf Maaneland. Barbro war gegangen. Ja, das war das Ende.

Ihre Reife in die Stadt sollte nicht lange dauern, sagte sie. Es sei ja keine Reife nach Bergen, aber sie wolle nicht einen Bahn nach dem andern verlieren und einen Mund bekommen wie ein Kalb.

Sie hatte auch auseinandergelegt, warum es am besten sei, wenn sie die Reife jetzt mache; jetzt seien nur zwei Kübe zu melken, bis Frühjahr würden noch zwei kalben und auch die heißen Junge werfen, die Heuernte würde kommen, die Arbeit würde drängen bis über den Juni hinaus.

(Fort. folgt)

Seit längerer Zeit wird von einer Interessengemeinschaft der Deutsch-Luzemburgischen Bergwerks- und Hütten A. G., deren Generaldirektor Albert Böglert ist und der Gelsenkirchener Bergwerks-Aktien-Gesellschaft, an deren Spitze Dr. Emil Kirckhoff steht, gesprochen. Es wird die Nachricht verbreitet, daß Böglert zum Generaldirektor der vereinigten Unternehmungen auserkoren sei. Die Verwaltung von Gelsenkirchen hat eine Erklärung hinausgehen lassen, der zufolge Emil Kirckhoff nicht daran denke, von seinem Posten als Generaldirektor von Gelsenkirchen zurückzutreten.

Da, wie aus Rheinland-Westfalen von verschiedenen Seiten gemeldet worden war, zwischen beiden Unternehmungen lediglich eine Interessengemeinschaft abgeschlossen werden soll, so könnte ja jeder der beiden Konzerne seinen Generaldirektor behalten. In Wirklichkeit ist aber wohl Verwaltungs- und betriebstechnisch eine Art Verschmelzung der beiden Unternehmungen geplant. Das Wort Interessengemeinschaft stellt lediglich die juristische Form dar, die gewählt wird, um steuerlich die günstigste Plattform zu finden, und es kann also nur ein Kopf den neuen großen Organismus leiten.

Selbst ein Mann wie Stinnes kann eine so desillate Personalfrage nicht kurzweilig durch Nachdruck lösen. Kirckhoff ist nicht nur als Generaldirektor, sondern auch finanzieller Faktor. Dazu kommt seine Autorität als Begründer des Kohlenyndikats, sein Einfluß bei der Diskontogesellschaft und dem Schaffhausen'schen Bankverein. Es wird also versucht werden, den Konflikt in die sanfteren Bahnen des Vergleichs hineinzuleiten. In dieser Hinsicht ist die Erklärung des Schwiegervaters fast, wie die „W. Z.“ es ausdrückt, die Erklärung dafür, daß die Öffentlichkeit so lange Zeit auf die Publikation der Verhandlungsaussätze warten muß.

Der Postverkehr.

Der Postverkehrsbericht des Reichspostgebietes hat 1919 nach dem Geschäftsbericht einen Aufschwung genommen, der alle Erwartungen weit überragt hat. Die günstige Entwicklung ist namentlich durch die im Postfachwesen geschaffenen Vereinfachungen und Verbesserungen und durch das Abwandern von Beträgen aus dem Postanweisung- und Wertbriefen in den Postverkehr anlässlich der Gebührenerhöhungen im Postfachwesen wesentlich gefördert worden. Der Zugang an Postfachkunden hat im Monatsdurchschnitt 10 000 betragen. Ihre Zahl ist von 257 918 Ende 1918 um rund 117 800 auf 375 618 Ende 1919 gestiegen. 60 Proz. der Postfachkunden sind gewerbliche Unternehmungen und Kaufleute.

Der Gesamtumsatz betrug 1919 rund 206 Milliarden Mark, das sind gegen das Vorjahr 74 Milliarden Mark oder 37 Proz. mehr. Dagegen wurden 163 Milliarden Mark oder 79 Proz. des Gesamtumsatzes beglichen. Das Guthaben hat von 1,047 Milliarden Mark Ende 1918 auf 2,888 Milliarden Mark Ende 1919, also um rund 1,840 Milliarden Mark zugenommen. Das durchschnittliche Guthaben eines Postfachkunden belief sich 1919 auf 5 061 M. Die Gesamteinnahme der Reichspost aus dem Postverkehr betrug 80 Millionen Mark, davon entfielen 14 Millionen auf die Gebühren und 66 Millionen auf die Zinsen.

Güßten billiger! Der am 23. 6. in Berlin versammelte Verband des Vereins deutscher Eisenwerke beschloß, seinen Gruppen zu empfehlen, die Verkaufspreise für allgemeinen rohen Maschinenbau- und Handelsguß um 10 vom Hundert vom 1. 7. d. J. ab zu ermäßigen.

Förderung des Automobilverkehrs durch die italienische Regierung. Die italienische Regierung hat den Automobilfabrikanten und den Erzeugern von Motoren verboten, mehr als 10 Proz. ihrer Erzeugnisse im Ausland zu verkaufen. Durch den Abbruch des größten Teils dieser Waren nach dem Ausland beabsichtigt die Regierung, eine Besserung der italienischen Balance herbeizuführen. Täglich rollen größere Transporte von Automobilen und sonstigem Kraftfahrzeugmaterial in das Ausland ab.

Nachdem der Krieg in allen Ländern die Automobilindustrie zu rascher Entwicklung gebracht hat und sie sich in allen Ländern auf den Export stützt, erregt die Frage, wie lange die ausländischen Absatzgebiete aufnahmefähig bleiben werden.

Abbau der Weinpreise. Im ganzen rheinischen Weinbaugebiet schreitet der Abbau der phantastisch hohen Weinpreise fort und wächst sich für manche Spekulanten zu einer schweren wirtschaftlichen Katastrophe aus. Weine, die vor wenigen Wochen noch durchweg ihre 20 000—30 000 Mark kosteten, werden schon heute für den halben Preis verkauft, wenn sich nur Käufer finden würden.

Die Auftragsgaben. Der Reichsrat hat folgenden Antrag Bayerns angenommen: „Die Reichsregierung zu ersuchen, ohne Verzug in eine allgemeine Revision des Auftragsbetriebs einzutreten und zu prüfen, ob der Veränderung der preisbildenden Faktoren mehr als bisher Rechnung getragen werden kann.“ Während des Krieges war die Herabsetzung einiger Gebühren für die chemische Untersuchung eingeführt worden und seitdem verweigert worden. Diese nur für die Dauer des Krieges berechneten Befreiungen sollen nunmehr wieder aufgehoben werden. Der Reichsrat erklärte sich damit einverstanden.

Gemeinsamer Wiederaufbau.

Der Sonderberichterstatter des „Matin“ Sauerwein berichtet aus Deutschland, daß die Industriellen Deutschlands mit den Wiederbaubarbeiten begonnen hätten. Ihr Programm erstreckt sich nicht nur auf den Wiederaufbau des eigenen Landes, sondern auch von ganz Europa. Es handele sich also um eine Entschärfung, die mit der auswärtigen Politik in engstem Zusammenhang stehe, und sie müsse daher von den Franzosen genau geprüft werden. Die an der Spitze stehenden Kreise wollten keine Revanchepolitik treiben; sie wollten den Wiederaufbau der Welt, und dieser sei nur zu erreichen durch gemeinsame Arbeit, Methode und technische Spezialistische Intelligenz. Ihre Schulden wollten sie treulich bezahlen, aber sie erklärten, daß sie kein Geld hätten und von ihrem Lohn und ihrer Arbeit nur dann Gebrauch machen könnten, wenn man ihnen finanzielle Hilfe zukommen ließe. Wenn man die Hilfsquellen Frankreichs und Deutschlands in einer gemeinsamen Arbeit ausbaute, so würde man den besten Erfolg haben und den Wiederaufbau Frankreichs zum Gegenstand ihrer Produktion machen. Sauerwein meint, daß sei ein Gedanke, und die Alliierten müßten sagen, ob sie diese Grundlagen annehmen könnten.

Englisch-amerikanische Trübsbildung in der Farbstoffindustrie.

Nach einer Meldung der „Telegraphen-Union“ aus New York erstattete Senator Thomas im amerikanischen Senat einen Bericht über die Verordnungen des englischen Farbstoffkonzerns Levinstein, mit der amerikanischen Gesellschaft Dupont de Nemours einen Trust zu bilden, der das Farbstoffmonopol für den größten Teil der Welt an sich reißen soll. Der Trust richtet sein Augenmerk besonders auf Südamerika, Japan und China, wobei er schon durch die Ausschaltung der gegenseitigen Konkurrenz beider Großfirmen namhafte Vorteile für sich erlangt.

Eine neue Verschmelzung. Unter Führung der Vorkant Aktien-Gesellschaft hat am 28. Juni unter Mitwirkung einer größeren Anzahl namhafter deutscher Valais-Steinbrucharbeiter die Kalk-Valais-Industrie-Aktiengesellschaft mit einem Kapital von 7 Millionen Mark gegründet worden.

Das nächste Volkskonzert des Blühner-Orchesters findet Freitag 7 1/2 Uhr in den Germania-Hallen unter Leitung von Paul Scheinplung statt. Karten sind zu haben im „Vordrucks“, Lindenstr. 2, und an der Abendkasse.

Bund der techn. Angehörten und Beamten (Ordnungsverwaltungen Lichterberg und Otten I und II). Erste 7 1/2 Uhr, Brauerei Pflaßberg, Prandauer Allee 313; Monatsversammlung, Bericht vom Bundeskongress.

Reutlingen. Unentgeltliche Brausebäder für Volksschulkinder. Der Magistrat hat beschlossen, auch in diesem Jahre in den Schulbrausebädern des Stadtbades während der Sommerferien vom 5. Juli ab an jedem Wochentage in der Zeit von 9—12 Uhr vormittags an Gemeindefachschüler Brausebäder unentgeltlich abzugeben. Die Badewäsche haben die Kinder in allen Fällen mitzubringen.

Lichtenberg. Stadtverordnetenversammlung. Zu der Vorlage des Magistrats über Neuordnung der Besoldung der städtischen Beamten und dauernd Angestellten und der Teuerungszulage wurde von dem Genossen Arndt nachstehender Abänderungsantrag eingebracht: „Alle Beamten und Angestellten von Gruppe V bis Gruppe Ia erhalten zu ihren neu festgesetzten Gehältern eine Teuerungszulage in Höhe von 50 Proz. ihres Gehalts; jedoch darf diese Teuerungszulage den Betrag von 6000 M. nicht überschreiten. Die Gruppen Ic und Id werden zusammengelegt und erhalten das Gehalt der Gruppe Ic; die Gruppe Ia erhält das Gehalt der Gruppe Ib. Den Magistratsmitgliedern und den in den Sondergruppen aufgeführten Personen wird zu ihrem alten Gehalt eine Teuerungszulage von 8000 M. gewährt. Die Teuerungszulage wird bis zum 18. Lebensjahre gewährt.“ Genosse Arndt führte in der Begründung aus, daß Lichtenberg eine Arbeiterstadt sei und daß die Arbeiter es nicht verdienen würden, ihre Vertreter den oberen Beamten, z. B. den in Gruppe Ia eingruppierten, das Gehalt einschließlich Teuerungszulage um jährlich 12 950 M. erhöhen zu werden, d. h. eine Zulage zu erhalten, die höher ist, als das Gesamteinkommen der meisten Arbeiter ausmacht. Auch die in Gruppe Ia, Ic und Id würden nach der Magistratsvorlage eine Erhöhung von 9 150, 10 000 und 11 400 M. erhalten, die ebenfalls weit über das hinausgeht, was als unbedingt notwendig erachtet werden kann. Die Zulagen bei den Magistratsmitgliedern sind noch höher als die der eben genannten Beamten.“ Wir können einer derartigen Erhöhung des Gehalts einiger höheren Beamten nicht zustimmen. Die Stadtverordneten der U. S. P. D. schlossen sich diesem Antrag an, wogegen die Bürgerlichen sich auf den Standpunkt stellten, daß die Gehälter und Teuerungszulagen, wie sie die Magistratsvorlage enthält, notwendig seien und daß auch in Berlin und den anderen Vororten diese Sätze angenommen worden seien. Von den Vertretern der U. S. P. D. und auch der U. S. P. D. wurde dagegen ausgeführt, daß wir uns dem Vorgehen von Berlin und den anderen Vororten nicht anschließen können, weil wir die Teuerungszulagen der höheren Beamten gegenüber den Unterbeamten für zu hoch halten.

Die Vorlage wurde dann mit den Abänderungsanträgen Arndt gegen die Stimmen der Bürgerlichen angenommen. Die Vorlage betr. Abschluß eines Tarifvertrages mit dem Deutschen Landarbeiterverband betr. die Arbeitnehmer der Riefhäuser Tashdorf wurde angenommen. Hiernach erhalten die Deputatarbeiter einen jährlichen Barlohn von 4000 M. und Demut im Werte von 4073 M. bei einer Arbeitszeit von jährlich 2700 Stunden. Fremde Arbeiter über 20 Jahre erhalten einen Stundenlohn von 3,40 M. Ueberstunden werden mit 50 Proz. und Sonn- und Feiertagsarbeit mit 100 Proz. Zuschlag zum Lohn vergütet.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Steglin. 1000 Gramm Erbsen (105), 250 Gramm Marmelade (104). Pantow. 750 Gramm Quarkkäse (32 u. 27 u. 2).

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Seite, 1. Juli:

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer. 4 1/2 Uhr Sitzung im Lehrervereinshaus, Alexanderplatz. Tagesordnung: 7 1/2 Uhr und die Reichskonferenz? Referent: Genosse Dr. Lohmann.

Jungsozialistische Vereinigung. Ortsgruppe Siedow: 7 1/2 Uhr, Saal der Juristischen Erbschulden, Vordrucksgebäude, Vortragsabend. — Ortsgruppe Reutlingen: 7 1/2 Uhr im Jugendheim, Vortragsabend über „Vordenreform“. — Ortsgruppe Friedrichshagen: 7 1/2 Uhr bei Scholz, Friedrichstr. 15, Uhr im Restaurant Bernhardt, Lindenstraße, Sitzung der Parteifunktionäre und Betriebsleiter. Vortrag des Gen. Sohn.

Morgen, 2. Juli:

Achtung, Polizeibeamte! 7 Uhr in Oberlands Festhallen, Neue Friedrichstr. 35, Konferenz der Ob- und Vertrauensmänner. Wer dienstlich verhindert ist, muß Vertreter senden.

Bildungsveranstaltungen.

Achtung, Bildungsausschüsse!

Seite, 7 Uhr, in Reutlingen, Zeichenaal der 2. Mädchen-Mittelschule, Richardstr. 17: Konferenz der Bildungsausschüsse von Reutlingen, Schöneberg, Treptow, Tempelhof, Britz, Mariendorf und Mariensfeld. — Die Mitglieder der Bildungsausschüsse und der Vorkände sind freundlichst eingeladen. Fragebogen sind ausgefüllt mitzubringen.

Sport.

Breitensträter besiegt. Der letzte Großlampstag, den die Nationale Vereinigung zur Förderung des Motorsports in dieser Saison veranstaltete, brachte die Niederlage Breitensträters im Kampfe gegen den italienischen Meister Spalla. Der Deutsche war in einer glänzenden Form und machte dem Italiener den Sieg nicht leicht. Erst in der sechsten Runde gewann Spalla die Oberhand. Breitensträter mußte einen fürchterlichen Sturz einstecken, der sein linkes Auge schloß und die ganze Gesichtshälfte anschwollen ließ. Bis 9 Uhr der deutsche Meister am Boden, erhob sich nur mit Mühe, um gleich wieder unter der Wucht des gegnerischen Angriffs nieder zu gehen. Die Pause rettete ihn vor dem Ausfall. In der siebten Runde machte der Schiedsrichter dem Kampf ein Ende und erklärte Spalla unter dem Jubel der Menge für den Sieger. Hoffen wir, daß Breitensträter in der nächsten Saison Gelegenheit bekommt, die Scharte, die diese ehrenvolle Niederlage in seiner Laufbahn bedeutet, wieder auszuwischen.

Im Metropolepreis, Ehrenpreis und 42 000 M. Jagdbrennen. Distanz 4000 Meter, dem Hauptereignis des heutigen Brunenwaldtages gelten als voraussichtliche Starter: Wellenbrecher 74 (Lewitz), Larina 71 1/2 (Raf), Freilauf 70 1/2 (Streit), Harangoos 69 (Pflünder), Rheinpreußen 68 (Teichmann), Siegerin II 64 1/2 (Wurst), Radom 64 1/2 (Schulz), Rosendaal 62 1/2 (Edler), Götterinabe 61 (Scholz), Lucietreiber 60 1/2 (Rhmenny), Rips 61 1/2 (Zhalheim), Laffo 58 (Walter Müller), Kleiner Schlag 57 1/2 (W. Weber), Torv Hill II 57 (A. Demetrius), 57 (Schietmann), Karval 57 (Thalcke), Sannudi II 57 (Zammoch), denen sich als zweifelhafte Starter anschließen: Rosenlöw 67 (Dyhr), Räbezahl 62 1/2 (A. Hunding 60 1/2 (A) und Tantalus 59 (Johnson).

Die nächsten Rennen in Treptow finden am 4. Juli statt. Das Programm besteht nur aus Dauerrennen. Nicht weniger als 160 Kilometer sollen in fünf Rennen gefahren werden. Für die Extra- und A-Klasse ist ein 25-Kilometer-Rennen und für den Großen Preis von Treptow ein 25-Kilometer-Dauerrennen hinter Motorführung vorgesehen, während eine Steherprüfung mit zwei Vorläufen über je 25 Kilometer und einem Endlauf über gleichfalls 25 Kilometer für die weiteren Donnerschlag vorbehalten ist. Von den Extraklassifahrern sind bereits verpflichtet: Stellbrin, Weiß, Pauer, Lewanow, während für das B-Rennen bis jetzt eingeschrieben sind: Bering, Gniffa, Jenste, Baumler.

paar tausend aufmarschieren.“ Die Ständigkeitshöhung sei schlimmer als die Mietsteigerung (Zustimmung), und mit Recht sei gegen die vorjährige Erhöhung das Mietleistungsgesamt angesetzt worden. Als dieses sich für zuständig erklärte, habe die Reichshandelsdeputation in einem Rundschreiben an die Vorsitzenden aller Mietleistungsgesamter ihre Enttäuschung hierüber geäußert. Da die Reichshandelsdeputation selber Partei sei, so müsse man das geradezu als Besessenenbesuch, als Versuch der Rechtsbeugung ansehen. (Beifolgt Zustimmung.) Der gleichfalls angerufene Oberpräsident habe die vorjährige Mieterhöhung leider gebilligt und mit dem Reichshandelsdeputierten begründet. Durch die Erhöhung, die von 1910 bis 1920 für die einzelnen Pächtergruppen 300 Proz., 400 Proz., 600 Proz. beträgt, werde die Lebensmittelpreiserhöhung noch gesteigert. Die Verwaltung solle doch durch die Lebensmittelpreiserhöhung anderer Städte gewarnt sein. Der Referent wies auf das jegliche Uebermaß der sozialistischen Fraktionen in der Berliner Stadtverordnetenversammlung hin und behauptete, es sei darauf abgesehen, den Mittelstand zugrunde zu richten. Die Ständigkeitshöhung erneuert das Mietleistungsgesamt und den Oberpräsidenten anrufen und sich diesmal auch an die Regierung direkt wenden. (Stärkender Beifall.)

In der Diskussion sprachen zustimmend die Vertreter verschiedener Pächtergruppen, auch des Großhandels. Heftige Angriffe wurden gegen Oberbürgermeister Veitmann und gegen den Reichshandelsdeputierten Stadtrat Berndt und Stadtrat Hünke gerichtet. Der Vorsitzende Berndt kündigte an, daß die Ständigkeitshöhung nötigenfalls auf die Straße gehen werde. (Beifolgt Beifall, vereinzelter Widerspruch.)

Angenommen wurde eine Resolution, in der es heißt: Mehr als 1000 Ständigkeitshöher protestieren auf das energischste gegen die erneute Erhöhung zum 1. Juli 1920 aufgezogene erneute Tarifserhöhung. Sie erblicken in dieser Maßnahme, die ebenso wie die anderen Tarifserhöhungen ohne Zustimmung von Vertretern der Ständigkeitshöher erfolgt ist, den bewußten Ausdruck einer außerordentlichen Verhältnismäßigkeit gegenüber dem schwer um seine Existenz ringenden kleinen Mittelstand. Sie protestieren auf das entschiedenste gegen das Vorgehen der Reichshandelsdeputation, das ebenso unsozial ist, wie es auch gegen die zum Schutz der Mieter bestehenden gesetzlichen Grundzüge verstößt, indem diesen entgegen durch die Tarifserhöhungen innerhalb eines Jahres Mieterhöhungen bis zu 500 Proz. festgesetzt wurden.

Die neuen Telegraphen- und Telephongebühren.

Von heute ab beträgt die Telegraphengebühr bei gewöhnlichen Telegrammen 20 Pf. für jedes Wort, mindestens 2 M.; bei Pressetelegrammen die Hälfte dieser Gebühren. Für dringende Telegramme wird die Vortragsgebühr droschaf berechnet. Innerhalb Deutschlands kann der Absender die Weiterbeförderung durch Einlösen — Np. — ohne Rücksicht auf die Entfernung mit 2 M. für jedes Telegramm vorausbestimmen. Eine Erstattung über entrichtete Gebühren wird gegen Zahlung von 50 Pf. erteilt.

Die Ortspauschalgebühren für einen Fernsprechanschluß betragen jährlich in Berlin 800 M., die Grundgebühren — nachstehend eingeschlossen — 480 M.; in Charlottenburg 760 M. (440 M.); in Berlin-Wilmersdorf 720 M. (400 M.); in Berlin-Lichtenberg, Berlin-Tempelhof, Berlin-Weißensee, Reutlingen und Spandau 640 M.; in Neukölln, Berlin-Schöneberg, Berlin-Steglitz, Berlin-Tegel, Berlin-Tempelhof, Berlin-Weißensee, Reutlingen und Spandau 640 M. (300 M.); in Adlershof 500 M. (240 M.); in Groppeparken bei Berlin 480 M. (240 M.); und in Köpenick bei Berlin 400 M. (240 M.). In Großbetzen und Vahlestrade kommt nur die Pauschalgebühr von 320 M. zur Erhebung. Bei Grundgebührenausschlüssen werden außerdem für jede Verbindung im Ortsverkehr 20 Pf. und im Vorortverkehr 40 Pf. erhoben. Die Gebühr für einen von der Reichstelegraphenverwaltung herzustellenden und zu unterhaltenden Nebenanschluß mit gewöhnlichem Gebühre beträgt jährlich 80 M.; für Nebenanschlässe für Dritte werden jährlich 120 M. erhoben. Außerdem sind für jeden Nebenanschluß jährlich mindestens 20 M. an Leitungsgeld zu zahlen (für je 100 Meter Leitung 20 M. Pauschalgebühr). Die Pauschalgebühren für den Vorortverkehr betragen 1000 M. Die Fernsprechnutzer haben zum Ausbau des Fernsprechnetzes einen einmaligen Beitrag von 1000 M. für jeden Hauptanschluß und von 200 M. für jeden Nebenanschluß zu leisten. Der Beitrag wird am 1. Oktober fällig. Die Gebühren für ein Ferngespräch von nicht mehr als drei Minuten Dauer betragen bei einer Entfernung bis zu 25 Kilometer 80 Pf., 50 Kilometer 1 M., 100 Kilometer 2 M., 300 Kilometer 3 M., 500 Kilometer 4 M., 750 Kilometer 5 M., 1000 Kilometer 6 M. und über 1000 Kilometer 8 M.

Weshalb man die Oberpostdirektion mit: Es sind Klagen darüber laut geworden, daß zahlreiche Fernsprechnutzer Schwierigkeiten haben, den einmaligen Beitrag zum Ausbau des Fernsprechnetzes aufzubringen. Die Schwierigkeiten lassen sich beheben. Dem Vernehmen nach sind bereits beim Reichspostministerium Verhandlungen mit gemeinsamen Unternehmen, die bereit sind, das Geld auf Antrag zu einem möglichen Ueberzins von etwa 3 v. H. der Telegraphenverwaltung für die Teilnehmer zur Verfügung zu stellen. Sobald die Verhandlungen zum Abschluß gekommen sind, wird weiteres sofort bekanntgegeben werden.

Zur Abstimmung.

Das Polyzepresidium teilt mit: Die polnische Regierung fordert von Abstimmungsberechtigten bei Benutzung der Abstimmungsbahnen zur Fahrt durch den polnischen Korridor nach Ost- und Westpreußen neben dem von der zuständigen Kommission ausgestellten Abstimmungsausweis einen Personalausweis mit Lichtbild. Bei Benutzung von Bussen des öffentlichen Verkehrs durch den polnischen Korridor ist Pass oder Bayersch und polnisches Visum erforderlich.

Verzögerte unbesessene Vorkommnisse geben dem Deutschen Schutzbund Veranlassung, erneut darauf hinzuweisen, daß die Preßscheitlinie zur Volksabstimmung in Ost- und Westpreußen sowohl für die Distanz als für die Rückreise nur Gültigkeit haben für den Tag und Zug und für den Reisezug, auf den sie ausgestellt sind. Um die reiblose Ausübung aller Transportmittel zu gewährleisten, müssen die Abstimmungsberechtigten dringend gebeten werden, sich an diese unabweisbare Vorschrift zu halten.

Die Stadtverordnetenversammlung von Groß-Berlin wird am 6. Juli im Festsaal des Berliner Rathauses zusammentreten.

Eindring in eine Stadtkasse. Schloßkammerknecht suchten die Kammereinsätze von Wenzel und Helm und erbeuteten 20 000 M. bares Geld. Nach den Ermittlungen waren es drei Mann. Auf ihre Ermittlung und die Wiederbeschaffung des gestohlenen Geldes ist eine hohe Belohnung ausgesetzt. Vertrauliche Mitteilungen sind an Kriminalinspektor vonberg im Zimmer 92 des Polizeipräsidiums zu richten.

Nationalisierung der Fahrkarten für die Schnellzüge auf der Strecke Berlin-Stettin-Danzig-Ostpreußen. Die Fahrkartenausgaben der Vorortstationen sowie sämtliche Reisebüros werden für die Tage vom 1. bis 10. Juli keine Fahrkarten für die Schnellzüge dieser Strecke mehr ausgeben. Während der gleichen Zeit berechnen die Fahrkarten für Schnellzüge auf der Strecke Berlin-Stettin-Danzig zum Reiseantritt nur am Tage der Abfertigung, d. h. die Reisenden müssen am dem auf die Fahrkarte ausgedruckten Tage anreisen werden. Die alleinige Ausgabe von Fahrkarten für diese Strecke liegt in den Händen der Fahrkartenausgabe des Stettiner Bahnhofes, die in der Zeit vom 1. bis 10. Juli Fahrkarten nur in beschränktem Umfange ausgibt.

Der Prozeß Goldstein.

Freispruch in der Berufungsinstanz.

Am Verteidigungsprozeß, den der prakt. Arzt Dr. Goldstein in Steglitz gegen den dortigen Pfarrer Weymann angreift...

Eisenbahnunglück in der Tschechoslowakei.

Prag, 28. Juni. Gestern fuhr ein von Lieben kommender Güterzug auf einen Sonderzug zum Solothonech...

Arbeiterstod. Bei der erzgebirgischen Steinkohlenbaugesellschaft in Schedewitz...

Sofortige Forderung. Infolge der Öffnung der Grenze gegen Kongregpolen sind die Lebensmittelpreise unheimlich gestiegen...

Die Ursache der Explosionkatastrophe von Kosenstein bei Königsberg ist nach Feststellungen des Geh. Staatsrats Prinzhausen die Ueberfüllung der Magazine...

Mit Handgranaten und Revolver machen die Polen in Oberschlesien Propaganda für ihre Nation. So drangen sie bei Deutschen in einem friedlichen Heimatabend...

Neue Silberlager in Westböhmen. Die Wittermeldungen besagen, sind im Rieser Revier vier neue Silberadern aufgefunden worden...

Wetterbericht bis Freitag mittag. Hiemlich warm, zunächst vielfach heiter, später wieder zunehmende Bewölkung...

Auch Sie müssen wissen

daß dieser Scheinfriede keine Dauer hat. Lesen Sie Stamper: „Von Versailles zum Frieden“

was Spa bedeutet!

Nachruf. In längerem schweren Krankenlager im Alter von 71 Jahren aus diesem Leben abgetreten Herr Fabrikbesitzer duard Sommerfeld

Kriegsbeschädigte Hinterbliebene Ausschüsse Behörden. Kommentar zum Reichsversorgungsgesetz von Hermann Müller

Spezialarzt. Haut-, Horn-, Frauenleiden, Syphilis, Kuren, Blutuntersuchung, Manneschwäche, Ausschlag, Höhenstrahlung

Spezialarzt. Dr. med. Koeben für Haut-, Horn-, Frauenleiden, Schwäche, Beh. schnell, sicher, schmerzlos

Reichs Sommersprossen. Creme Isoll. absolet sicher wirkendes, 30 Jahre bewährtes Spezialmittel

Hingerichtet. sel ihr Auge auf die billige Bezugswelle für Fahrräder, Pneumatik und Fahrradersatzteile

Führer durch das Reichs-Einkommensteuer-Gesetz von RUDOLF WISELL. gibt über alle Bestimmungen des Gesetzes, wie: Lohnabzug u. Steuerkarte

Nähgarn. auf Röhren und Rollen in Baumwool- und Seidenwolle billig abzugeben

Parabellum. Pistolen, Gewehre aller Art kaufen Frank & Co., W. S.

Metal-Ankaufsstelle. Grüner Osten, Weg 80. Kupfer, Messing, Blei, Zink usw.

Altmetalle. Quecksilber, Zahngehäuse, Platin-, Silberbruch, kauft zu Schmelzpreisen

Altmetalle. Kupfer, Messing, Zinn, Zink und Blei, auch Platin, Gold u. Silberbruch kauft höchstbillig

Achtung! Baugewerbliche Arbeiter, Angestellte und Bediente, Mieter, Siedler, Kleingärtner usw. Große Demonstrations-Versammlung

Auktion von Restbeständen. Am Sonnabend, den 10. Juli 1920, vormittags 9 1/2 Uhr lassen wir im großen Saal des Lehrervereinshauses...

Rauch-Kaffee. Spezialarzt Dr. med. Hasché direkt am Friedrichstr. 90, Stadtbahn

Isolierten Kupferdraht, Litzen und Wachsdraht. kauft höchstzahlend Ingenieurbüro Schlichting

Fahrradgummi billiger! Neue Laufdecken, 28x1 1/2, 85, 95, 100, 110 mm. Luftschläuche 25, 30, 35 mm

In roten Schuhkeller sind neu eingetroffen: Militärtuch-Hausschuhe, Kräftige Segeltuch-Sandalen, Braune Rindleder-Sandalen...

„Vorwärts“-Ausgabestellen und Inseraten-Annahme sowie Geschäftsstellen der Zeitungs-Zentrale (3. 3.) Aktiengesellschaft.

- Stettin: W. Danneberg, Viktoriastr. 11.
Dresden: G. Reimann, Genossenschaftshaus „Vorbau“.
Potsdam: W. Danneberg, Viktoriastr. 11.
Berlin: W. Danneberg, Viktoriastr. 11.
München: W. Danneberg, Viktoriastr. 11.
Hamburg: W. Danneberg, Viktoriastr. 11.
Köln: W. Danneberg, Viktoriastr. 11.
Frankfurt: W. Danneberg, Viktoriastr. 11.
Leipzig: W. Danneberg, Viktoriastr. 11.
Düsseldorf: W. Danneberg, Viktoriastr. 11.
Stuttgart: W. Danneberg, Viktoriastr. 11.
Wien: W. Danneberg, Viktoriastr. 11.
Prag: W. Danneberg, Viktoriastr. 11.
Brno: W. Danneberg, Viktoriastr. 11.
Pilsen: W. Danneberg, Viktoriastr. 11.
Olomouc: W. Danneberg, Viktoriastr. 11.
Bratislava: W. Danneberg, Viktoriastr. 11.
Budapest: W. Danneberg, Viktoriastr. 11.
Zagreb: W. Danneberg, Viktoriastr. 11.
Ljubljana: W. Danneberg, Viktoriastr. 11.
Trieste: W. Danneberg, Viktoriastr. 11.
Venedig: W. Danneberg, Viktoriastr. 11.
Rom: W. Danneberg, Viktoriastr. 11.
Neapel: W. Danneberg, Viktoriastr. 11.
Palermo: W. Danneberg, Viktoriastr. 11.
Syrakus: W. Danneberg, Viktoriastr. 11.
Messina: W. Danneberg, Viktoriastr. 11.
Catania: W. Danneberg, Viktoriastr. 11.
Agrigento: W. Danneberg, Viktoriastr. 11.
Mazara del Vallo: W. Danneberg, Viktoriastr. 11.
Comiso: W. Danneberg, Viktoriastr. 11.
Modica: W. Danneberg, Viktoriastr. 11.
Nubia: W. Danneberg, Viktoriastr. 11.
Mazara del Vallo: W. Danneberg, Viktoriastr. 11.
Comiso: W. Danneberg, Viktoriastr. 11.
Modica: W. Danneberg, Viktoriastr. 11.
Nubia: W. Danneberg, Viktoriastr. 11.

Städt. Schauspielhaus
(Operetten-Gastspiel)
Heute zum 1. Male. 7 1/2 Uhr:
Die Strohvitwe.
Musik von Leo Slezak.

Deutsches Theater.
Maria Orska
8 Uhr: **Weib u. Kumpelmann**
Kammerspiele.
Abel / Käte Dorsch
8 1/2 Uhr: **Leibgardist**
Kleines Schauspielhaus,
Fasanenstr. 1 (Nähe Bbl. Zoo).
Gertraud Eysoldt
7 1/2 Uhr: **Büchse der Pandora.**

Theater des Westens
Max Pallenberg:
Die Familie Schimek
Schiller-Theater.
Waldmann/Schwannke
Zum ersten Male:
7 1/2 Uhr: **Der ehem. Leutnant**
Großes Schauspielhaus,
7: Julius Cäsar (18. Abt., 4. Ab.)
Fr. 7: Jul. Cäsar (16. Abt., 4. Ab.)

Theater l. d. Königgrätzer Straße
7 1/2 Uhr: **Gasthaus.**
Komödienhaus
8: **D. Kette in die Mädchenzeit.**
Berliner Theater
7 1/2 Uhr: **Der letzte Walzer**
Friedr.-Wilhelms-Theater
7 1/2 Uhr: **Erchen Hühnrecht.**
Der große Erfolg.
Deutsches Opernhaus
7 Uhr: **Tosca.**
Die Tribüne
8 Uhr: **Bunbury.**
Friedr.-Wilhelms-Th.
7 1/2 Uhr: **Erchen Hühnrecht.**
Kleines Theater.
7 1/2 Uhr: **Die Pfarrhauskomödie**
Komische Oper
7 15 Uhr: **Die Frau im Dunkeln.**
Lustspielhaus
7 1/2 Uhr: **Der ungetreue Eckehart**
Metropol-Theater.
7 1/2 Uhr: **Im weißen Rössl**
Neues Central-Theater
7 1/2 Uhr: **Die Dame im Frack.**
Neues Operettenhaus
7 1/2 Uhr: **Prinzessin Friedl.**
Neues Volkstheater
7 1/2 Uhr: **Die 3 Zwillinge**
Thalia-Theater
7 1/2 Uhr: **Ihre Hohheit die Tänzerin**
Th. am Nollendorfsplatz
7 1/2 Uhr: **Eine Nacht im Paradies**
Theater l. d. Alt. Jakobstr.
7 1/2 Uhr: **Die verschwand. Pauline.**
Walfur-Theater
7 15 Uhr: **Der liegende Holländer**
Walhalla-Theater.
7 1/2 Uhr: **Kasernenluft.**
Rose-Theater.
7 1/2 Uhr:
Schwarzwaldmädel

Volksbühne
Theater am Bülowplatz.
7 1/2 Uhr: **Bruder Martin**
Lessing-Theater.
Sommerspielzeit
Allabendlich 8 Uhr:
Leopoldine Konstantin
in **D. Glas d. Jungfrau**
Deutsches Künstler-Theater
Allabendlich 7 1/2 Uhr:
Die bessere Hälfte
mit Max Adalbert.

Residenz-Theater.
Stadtbahn Jannowitzbrücke.
Allabendlich 7 1/2 Uhr:
Der große Erfolg!
Die Raschhoffs
von Hermann Sudermann.
Sonntag 4: **Der gute Ruf.**

Trianon-Theater.
Bahnhof Friedrichstraße.
Allabendlich 7 1/2 Uhr:
Der große Erfolg!
Maskerade
von Ludwig Fulda.
Sonntag 4 Uhr: **Störenfried.**

Admirals-Palast
7 1/2 Uhr: **Führt in St. Moritz.**

Theater Folies Caprice
Friedrich-Ecke Liniestr.
7 1/2 Uhr:
Flimmer-Klärchen
Musikalischer Schwank.

Reichshall-Theater
Täglich 7 1/2 Uhr:
Stett. Sänger.
Variété
Dönhofs-Brett.
Garten u. Saal.
Samst. 9 1/2, Sonnt. 10 1/2

Theater am Kottbuser Tor.
Elite-Sänger
Täglich 7 1/2 Uhr.
Gastspiel & Orchestral.
Leipziger
Folk-Theater.
Vorverkauf 11-14, v. 4-6 Uhr.

Winter-Garten
Täglich 7 1/2
Juli-Spielplan!
Fiamette
Hildegarde
in ihren Tänzen
Erry und Merry
das elegante Tanzpaar
Martha Western
Lichtvision, 4 Elemente
Grix-Grigory-Trup.
Italienische Spiele
Bernhard u. Robert Bell
kom.-musikal. Tanzakt
Minna Reverelly
Vortragskünstlerin
2 Hovyns
„Die lustigen Bäcker“
P. Kronos
Kraftakt
Stolzenfels-Quart.
in s. Szene: „Am Rhein“
Alice Carver u. Partner
Kunstschlitzin
Original 3 Blanks
Fangspiele

Sommer-Theater
„Groß-Berlin“
vorm. Klem, Hasenheide.
Donn. 8: **Fürstentristel.**
Sensations-Opernspiel.
Frtd. 8: **Krene und Fessel.**
Das Ende ein. Königskrone.
Ab 5 1/2 Spezialitäten.
Kasse vorm. 10-11 u. ab 3 U.

Neue Welt
Arnold Scholz
Hasenheide 108-114
Täglich Konzert
und **Vorstellung.**
Dienstags, Mittwochs,
Donnerstags u. Sonntags:
Großer Ball.
Die Kaffeeküche
ist täglich geöffnet.
Anfang wochentags 5 Uhr,
Sonntags 4 Uhr.

Krause Planos
zur **Miete**
Ausbacker Straße 1,
Ecke Kurfürstenstraße

Friedrich-Wilhelmstädtischer Varieté-Garten

Chausseestraße 30, Nähe Invalidenstraße. Direktion: Alex. Grahlmann.

Am Donnerstag, den 1. Juli 1920 und folgende Tage
Eröffnung der größten Varieté-Bühne Berlins

12 Attraktionen! Unser Programm ist unerreicht in seiner Art.

2 Roits, Handakrobaten / Marya Behrweil und Partner, Künstlerische Spiele / A. u. O. Ottokar, Gesang, Tanz, Verwänd.-Akt / Fredini & Cie., Jongl., Balanceakt
Victor Ritter, Berlins bester Humorist
Maryit u. Lener, Komischer Akt / Mm. Langtry, Sensations-Lichttänzerin „Im Kampf mit den Wellen“ / 3 Borkums, Kom. musikalischer Akt / 2 Joostens, Equilibristen auf rollender Kugel / Charles u. Ly, Komische Radfahrer / Fritz Prou, Berlins beliebteste Soubrette / Fredini und Leanyi, Jongleur, Balanceakt. 145/1*

Jeden Donnerstag: Brillant-Feuerwerk ausgeführt vom Pyrotechnik. Kunst. Musikdirektor Vogtkänder dirigiert das 30 Mann starke Orchester.
Größtes und billigstes Varieté Berlins, zirka 3000 Sitzplätze. Bei plötzlich eintretendem schlechten Wetter bietet unsere Riesenvoranda dem werten Publikum genügend Schutz.

Kasseneröffnung: Wochentags 4 Uhr, Sonntags 2 Uhr.
Anfang des Konzerts: Wochentags 5 Uhr, Sonntags 4 Uhr. — **Anfang der Vorstellung:** Wochentags abends 7.15 Uhr, Sonntags abends 6.30 Uhr.

100000 Mk. Preis ausschreiben
NÄHERES DEMNÄCHST

KRAMPOON
ÜBERALL ERHÄLTlich

Nur Donnerstag, Freitag, Sonnabend nur 3 Ausnahmetage!

Um mein gesamtes Sommerlager zu räumen, verkaufe ich einen großen Posten

Ungarnierte Strohhüte

schwarz und dunkle Farben

Serie I	II	III
M. 12,50	18,50	28,50

helle Farben

Serie I	II	III
M. 18,50	28,50	38,50

Ferner sämtliche **garnierten Strohhüte**, darunter die neuen Hüte für Straße, Sport und Reise, sowie die eleganten Modellhüte mit Reiher-, Feder- und Blumen-Garnitur bis zu **50 Prozent** unter dem ausgezeichneten Verkaufspreise.

Modellhaus Auguste MÜNZER

Markgrafenstr. 28, 2. Haus von der Leipziger Str.

Nutzeisen

Ankauf Verkauf
Stabeisen, Bleche, I-Träger, U-Eisen, Rohre, Ketten, Lagerböcke, Klemmscheiben, Fußstanzen etc. in verschiedenen Dimensionen haben ab Lager abzugeben
Cohn & Borchardt, Bln.-Lichtenberg
Rittergüterstr. 47/48. Tel.: Lichtenberg 646/647.
Nutzeisenabteilung: 838b
Maybach-Ufer 15/19, Nähe der Kottbuser Brücke.

Keine Frau

sollte verabreden, ausführlichen Prospekt über hygienische Artikel kostenlos einzufordern. Auf Wunsch sachgem. Beratung
Frau B. Koopmann, Berlin 220, Potsdamer Str. 104.

Kupfer 7,50 Kupfer .. 8,—
Wessing 4,—
Schmiedendorferstr. 2, Lothringergasse 25.

Gold-Warnung! Bruch!

Wenn Sie Platin, Gold und Silberbruch sowie Brillanten, Uhren, Zahngebisse usw. verkaufen wollen, wenden Sie sich stets an die Firma
H. Wiese, Artilleriestraße 30
denn der Weg ist sehr lohnend!
Zahl für Platin bis 5 M. über den höchsten Tagespreis, für Goldsachen enorme Preise!
Fahrt wird vergütet!

Bruch-Gold!

Rennen zu Grunewald

(Berliner Rennverein)
Donnerstag, den 1. Juli, nachm. 3 Uhr
7 Rennen

Bekanntmachung.

Infolge der schiedsrichterlichen Entscheidung vom Juni 1920 bringen wir hiermit zur Kenntnis, daß von dem 2. ab, an dem im Monat Juli 1920 die Gesamtergebnisse aufgezogen werden, der Preis für das in

Berlin-Lichterfelde und Zehlendorf

zu allen Sueden entnommene Gas bis auf weiteres einfließt
1 M. einfließt Kohlen- u. Umfahrgener p. Kubf.

Für das durch Müllgasmeter entnommene Gas erst ab dieser Preis um die Gesamtergebnisse. Demerschied zwischen diesem neuen Preis und dem, auf 1 der Müllgasmeter nach eingestell. W. wird bei der Entlastung der Müllgasmeter durch die Besuchsämter der Gesellschaften Umplangabrechnung besonders eingezogen.
Berlin, den 30. Juni 1920. 7529
Deutsche Gasgesellschaft, Müllgasgesellschaft
Heck, Landsberg.
Gasbetriebsgesellschaft, Müllgasgesellschaft
Der Vorstand: E. Körtgen.

Kapitalanlage
Gothaer
Lebensversicherungsbank
auf Gegenseitigkeit. Begründet 1827.
Bisher abgezinsten Versicherungen
2 Milliarden
600 Millionen
Mark.
Alle Überschüsse gehören den Versicherten
Anschlüsse erteilen kostenlos:
Karl Straube, Bevollmächtigter für Preußen, Berlin SW, Zimmerstraße 87, Fernruf: Zentrum 2641 und 3002.
A. Jastrow, Berlin N, Seebuckstr. 10, Fernruf: Nockim 1970.
Hermann Nachradt, Berlin SW, Jankowskistr. 4, Fernruf: Moritzplatz 853.
H. Gebhardt, Berlin SW, Schützenstraße 4, Fernruf: Zentrum 1800.
Dr. W. W. Schmidt, Berlin - Friedenau, Stabenstraße 44, Fernruf: Friedenau 3003.
Joh. Will. Schulz, Potsdam, Breite Str. 12.
H. Jenner, Berlin-Heinz, Hannebrandstr. 11.
[Invaliditätsversicherung]

Das Christusproblem gelöst! Sieh, archien Var 1900/20 In einer alten orientalischen Bibliothek ist ein Dokument gefunden worden, das ganz genau mitteilt, wer Jesus Christus war: ein Bundesbruder des Essenerbundes, einer Freimaurervereinigung. Es ist der Bericht des Ältesten dieses Bundes in Jerusalem an den Ältesten in Alexandria. Ein christlicher Priester versuchte bei der Entdeckung dieses Dokumentes auf einmal ganz natürlich ersch Die Verriichtung gelang ihm aber nicht. Dieser Bericht ist von Ferd. Schmidt ins Deutsche übersetzt. Denker wird das Werk unbeliebtigt aus der Hand zu Preis Mk. 5,50 und Mk. 1,50 fr. Nachnahme. Gr. Bücherkatalog gratis. Albrecht Donath, Verlag, Litzke

Perlen Juwelen
Sehr großes Silberlager
Margraf & Co. St.
Königsplatz 9

Spezial-Arzt
für Haut- u. alle Harnleim,
Harn- und Blutuntersuchungen.
Dr. med. Karl Reinhart,
Potsdamer Straße 117, Lützowstr.
Sprechstunden: 1/2-2, 4-6, 8-10 abds. Sonnt. 1/2-1 Uhr.
Aufklärende Broschüre mit Beschreibung sämtl. Verfahren in verschl. Kuvert geg. Einsend. v. 2.-M. frei

Stollenangebote
Perfekter Ankerwicklermeister,
der Gleichstrom-Maschinen
unabhängig gerichtet ist, per sofort für Beella gerüstet. Vermehrungen mit Anbau des Erbsenlaufs unter E. R. 50 an die **Zeitung-Zentrale** Seifenbrücker Str. 1. 1098a

Guter Nebenverdienst.
Feuertrocknungs- und -trocknungs- mit Reibröhren leicht geeignete
Bertret
(Herrn und Damen in Groß-Berlin, Ringstr. 10, 621 an Herrmann-Rosen-Bureau, Berlin W 9, 9111

Ankerwick
für neue Drehstromer gefast, nur selbstes Verbeten werden eingehaltene mit 7,50/100/100/100
Paul Völ
Zimmeran l. Th. Wer 108.

Krankenhaus-Oberinspektor
auf Privatdienstvertrag gesucht. 12/1
Günstiges Bewerber mit langjähriger Krankenhausverwaltungstätigkeit, dementsprechender Erfahrung werden bevorzugt. Wollen Gefühle mit Gehaltsanprüchen bis um 31. Juli ee. einreichen an den
Magistrat Frankfurt a. Od.
Junges Mädchen
für letzte Bureauhilfsarbeit gesucht. Angebote einreichen unter O. 22 an die Hauptstr. des Bism.

Deutscher Reichstag.

Fortsetzung von der 1. Seite.

Hg. Dr. Heim (Bader, Sp.): Diejenigen, die nach Spa gehen, müssen sich vorher eine genaue Bilanz aufmachen, eine Bilanz der Wahrheit. Sie müssen sich aber auch in die Denkmäler der Ententeallianz und besonders Frankreichs, das unendlich viel gelitten hat, vertiefen. Diejenigen sind nicht die unglücklichsten, die ihrem Schicksal verfallen sind, um ihn vor dem Augen zu bewahren! Das erste, um einen verfallenen Betrieb wieder in die Höhe zu bringen, ist Stabilität und Ordnung. (Zuruf der U. Soz.: Und Bader!) Lassen Sie uns für uns selber sorgen. Wir haben und wollen in Bayern einen Bürger- und Arbeiterhaushalt ohne Klassengegensätze. (Leb. Bravo!) — Widerspruch d. U. Soz.: Frankreich soll wissen, daß das deutsche Volk in seiner überrohen Mehrheit jeden Militarismus vollkommen ablehnt. Aber mit der Verabschiedung unseres Heeres auf 100 000 Mann zerstört Frankreich die erste Voraussetzung unseres Wiederaufbaues, die Ordnung. Der Wiederaufbau kann erfolgreich nur erfolgen, wenn die besten Männer des ganzen Volkes an die Spitze gestellt werden, dann aber auch für längere Zeit dort wirken können und nicht alle paar Monate wieder abtreten müssen. (Sehr richtig!) Ich muß auch heute noch eine Lauge

für die Schwamgwirtschaft

brechen, die im heutigen Stadium einfach unentbehrlich ist. Unsere wirtschaftliche Preissteigerung auf allen Gebieten kann nicht so weiter gehen, darüber ist sich alles klar. Wir leiden an einem schmerzhaften Defizit. Daraus gibt es nur eine Rettung, die Einführung einer doppelten Valuta. Doch der Preisabbau einleiten muß, auch darüber ist sich jeder klar. Ich habe nichts dagegen, wenn er bei der Landwirtschaft einsetzt, um so endlich hier das alte Widerspiel hervorzukommen, zuerst Abbau — zuerst Preise — zuerst Landwirtschaft — zuerst Industrie. Dazu ist es aber unter allen Umständen notwendig, daß die in der Landwirtschaft notwendigen Produkte, die Düngemittel im besonderen, stabilisiert werden. Stabilisiert muß auch werden der Gewinn jeder Art. (Leb. Bravo!) Es geht nicht an, daß wichtige Gesellschaften heute

90) Fragt Dividende

verteilen — da ist die Frage leicht gelöst, warum alles so teuer ist. (Leb. Sehr richtig!) Der Gewinn des einzelnen und der Gewinn der Gesellschaft muß, wie dies in England während des Krieges gelehrt ist, auf eine gewisse Höhe beschränkt werden. Ich wünsche, daß der Gewinn in Verhältniß zum Volk. (Sehr richtig!) Und in der Mitte. Ich sage hier offen, daß die Regierung jetzt in das genaue Gegenteil der Kriegszeit gefallen ist und jetzt zu hohen Höchstpreisen tendiert. So haben die bayerischen Posten erst jüngst wieder erklärt, daß sie eine Herabsetzung des Postpreises und des Kartellpreises für möglich halten. (Beifall links.) Der Landwirtschaft erwidert dann aber — (zu der Reden) fragen Sie das allen Ihren Landwirten! — die Pflicht, mit ihren Preisen die niedrige Grenze innezuhalten. (Leb. Bravo!) Auch die Steuererhebung muß darauf entwerfend Rücksicht nehmen, so ist z. B. das Steuererlöse Ertragsminimum des Einkommens heute längst nicht mehr richtig. (Sehr richtig!) Sinnlos ist ein dezentralisierter Zentralismus. Wir müssen unter allen Umständen den weitestgehenden föderalistischen Aufbau beibehalten. Die Zentralisierung bedeutet eine riesige Verteuerung des Betriebes und ist für unseren Wiederaufbau am allergefährlichsten. Bei unserer auswärtigen Politik müssen wir Personen- und Verleumdungspunkt viel mehr zurücktreten lassen, müssen nach dem hohen englischen Wort denken und handeln: „Wright or wrong, my country!“ (Recht oder Unrecht, mein Heimatland!) (Lebhafter Beifall.)

Präsident Hebe teilt mit, daß die Unabhängigen ein Mißtrauensvotum gegen die neue Regierung beantragen.

Das Haus vertagt sich.
Donnerstag 1 Uhr: Rat-Stat, Anträge, Fortsetzung der Debatte über die Regierungserklärung.
Schluß 6 Uhr.

Der Vorkonvent einigte sich dahin, daß bei der Aussprache über die allgemeine politische und finanzielle Lage des Reiches von jeder Fraktion ein zweiter Redner zum Worte kommen soll. Damit wird der ursprüngliche Plan, die Beratungen diese Woche abzuschließen, hinfällig. Zur Erledigung des Rat- und Nachtragsplans, der kleineren Vorlesungen und Interpellationen wird der Reichstag auch die ersten Tage der nächsten Woche zusammenbleiben.

Der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten wählte zum Vorsitzenden den Abg. Dr. Stresemann (Dt. Sp.), als dessen Stellvertreter Abg. Müller-Krausen (Soz.), zu Schriftführern die Abg. Dr. Derschel (Str.) und Dr. Hochsch (Dnt. Sp.).

Valona gefallen?

Belgrad, 20. Juni. (Neuermeldung.) Die Zeitung „Pravda“ meldet: Die Albanesen haben Valona erobert und die ganze italienische Garnison gefangen genommen.

Wenn diese „Pravda“ ihren Namen rechtfertigt und wirklich die Wahrheit, nicht nur den besten Wunsch des südslawischen Ententegegners kundtut, dann kann dieser Ausgang des albanesischen Abenteuer der Staat in eine ebensolche Krise führen, wie einst Venetias Niederlage bei Passaun in Abessinien. Zwei Ansätze sprechen allerdings gegen die Möglichkeit der Meldung: einmal die Größe selbst, denn alle jugoslawischen Nachrichten sind, wenn sie sich auf Fragen beziehen, an denen Italien beteiligt ist, mit der allergrößten Vorsicht aufzunehmen. Und vor allem die Tatsache, daß ein großer Teil der italienischen Flotte vor Valona konzentriert ist. Ist die Möglichkeit einer solchen Uebergründung, rein militärisch genommen, kaum zu denken, mit den kleineren Marinegeschiffen kann man den etwaigen Rückzug der Besatzung bedenken.

Bei der letzten italienischen Volkswahl war in später Abhandlung ein Dementi nicht zu erlangen, doch hält man dort die Nachricht für sehr unwahrscheinlich.

London, 20. Juni. (Neuer.) Klott ist mit einer Sondermission der italienischen Regierung nach Albanien gereist, um über ein Abkommen mit den albanesischen Aufständischen zu verhandeln.

„Klotti“ betont, die von Giolitti angekündigte friedliche Lösung der Frage von Valona sei dadurch möglich geworden, daß die italienische strategische Basis beibehalten, den Albanesen aber die Verwaltung der Stadt überlassen würde. Die strategische Basis solle durch die kleine Insel von Staferno sichergestellt werden, die die Bucht von Valona beherrscht.

In der Kammer forderte der Sozialdemokrat Modigliani die Regierung auf, sich an ihre Verpflichtungen zu halten und wünscht namentliche Abstimmung über die Tagesordnung Maffi, die den unvermeidlichen Rückzug der Truppen aus Albanien verlangt. Giolitti erklärte, er halte es für unmöglich, die Erklärungen bezüglich Albanien zu wiederholen. Die Politik der Regierung sei klar. Italien sende keine Truppen nach Albanien und bestrebe auf der vollen Unabhängigkeit dieses Landes. Die Regierung könne aber die Tagesordnung Maffi nicht annehmen, denn es sei unmöglich, den Truppen der Alliierten telegraphisch den Rückzugsbefehl zu geben, bevor die Verhandlungen zu Ende

Sozialdemokratie und Regierungsbildung.

In 20 öffentlichen Volksversammlungen nahmen die Berliner Parteigenossen am Mittwochabend zu der Haltung unserer Partei zur Regierungsbildung Stellung. Trotz des heftigen Gewitters waren alle Versammlungen gut besucht. Überall wurde die Haltung der Reichstagsfraktion gebilligt. Von vorzüglicher Stimmung getragen, nahmen die Versammlungen überall einen ruhigen Verlauf.

Nachstehend die bisher vorliegenden Berichte:

In der Schulaula in der Pastorenstraße referierte vor einer zahlreichen und aufmerksamen Zuhörerschaft der Landtagsabgeordnete Genosse Keller. Seit Jahrzehnten kämpft die Sozialdemokratie für die Verwirklichung ihrer Parole: Der Volkswille ist oberstes Gesetz. Die Unabhängigen, die ausschlaggebend geworden sind, lehnen in dem bekannten Krisenbrief jede Beteiligung an einer Koalitionsregierung ab. (Lebhafter Zuruf der Unabhängigen und Kommunisten: Sehr richtig!) Widerspruch der Mehrheit. Dadurch treiben sie den Sozialismus zurück. (Zuruf: Das hat Nothe gemacht!) Nach minutenlangem Lärm versuchten die Unabhängigen die Versammlung zu sprengen, werden aber vom Referenten unter starkem Beifall der Anwesenden zur Ruhe gebracht. Die Wähler der U. S. P. sind mit der Taktik der Zentralleitung ganz und gar nicht einverstanden. Durch ihre Schuld haben wir eine hitzerige Regierung, die natürlich ihre ureigenste Intention vorankellen wird. Die Abstimmungspolitik der Unabhängigen macht den Reichstagen die Erfüllung ihrer Wünsche leicht. Ich warne daher, sich von den allortwärts aufstrebenden Spitzeln in eine Situation hineinziehen zu lassen, deren Kosten die gesamte Arbeiterchaft zu zahlen hat. Die Opfer, die es nun kostet, die Seele der Arbeiterchaft rein zu halten, hätten vermieden werden können, wenn die U. S. P. mit in die Regierung gegangen wären. Auch wir erstreben die Herrschaft der Arbeit, aber auf dem Wege über die Demokratie. Mit dem Phrasenschwall über das Rätesystem ist der Arbeiterchaft nicht gedient. Der „Revolutionemacher“ Ledebour behauptet zwar immer, seine Partei habe die Revolution gemacht, aber ihre jegliche Taktik liefert die Erfahrungen derselben an die Reaktion aus. Unsere Aufgabe muß es sein, die Mitglieder dieser Partei über das Wesen derselben aufzuklären und sie zu wahren Sozialdemokraten zu machen. (Lebhafter Beifall.)

In der Diskussion gab ein Unabhängiger der Meinung Ausdruck, daß wir zunächst eine richtige Militärdiktatur haben müßten.

In der Aula des Königsstädtischen Realgymnasiums sprach Genosse Stämpfer zu einer zahlreichen Zuhörerschaft. Unter dem Beifall der überwiegenden Mehrheit rechnete er mit der sinnlosen Politik der Unabhängigen scharf ab. Er bewies aus zahlreichen Veröffentlichungen linksradikaler Politiker, daß der U. S. P. wie der K. P. D. der Glaube an die Möglichkeit, die politische Macht mit Gewalt zu erobern, vollständig verloren gegangen sei. Die U. S. P. schreie mit Recht vor dem publizistischen Weg zurück, weigere sich

geführt sein. Die Tagesordnung Maffi wurde verworfen und die sechs provisorischen Budgetwörter bis zum 31. Dezember 1920 mit 116 gegen 91 Stimmen angenommen.

Im Senat sagte der Kriegsminister Bonomi am Dienstag, die Regierung werde einen Kommissar nach Albanien senden, der ausdrücklich erklären soll, daß Italien die Unabhängigkeit Albanien anerkenne. In allen Städten Italiens hätten sich Freiwillige für Albanien gemeldet.

Rom, 20. Juni. (W.D.) Der von einer Minderheit proklamirte Generalsstreik hat keinen Erfolg. Nur einige hundert Arbeiter streikten.

In Mailand, Genua und anderen großen Städten, auch in Sizilien, ist der Dienstag ruhig verlaufen. Laut „Giornale d'Italia“ sind bei Hausdurchsungen in Ancona und anderen Städten bei zahlreichen Kapitalisten und Anarchisten beträchtliche Geldsummen gefunden worden.

Rom, 20. Juni. (Etefani.) In Matera wurde der allgemeine Aufstand erklärt. Aus der Provinz werden von anarchistischen Elementen angeführte Zwischenfälle gemeldet. Die Stadt Ancona ist ruhig. Die Polizei setzt ihre Säuberungsarbeiten in der Umgegend fort.

Ancona, 20. Juni. Polizeitruppen durchziehen das Gebiet von Ancona und Falconara, wobei zahlreiche Verhaftungen vorgenommen werden. Die Stadt kehrt zu normalen Zuständen zurück. In Felti haben Verstärkungen aus Ancona die Verbindungen wiederhergestellt. In Chiaravalle und Senigallia sind Truppen eingetroffen, ohne auf irgend einen Widerstand zu stoßen.

Polens Bedrängnis.

Nach Londoner Meldung hat Polen eine allgemeine Aushebung aller Männer von 20 bis 35 Jahren angeordnet.

Die Einziehung in Neupolen, auch solcher, die für Deutschland optieren wollen, geht weiter.

Die handrechtliche Erklärung von 17 Graudenzener Arbeitern wird auch durch polnische Zeitungen bestätigt. Als Ursache wird jetzt ein Manifest gegen das Verbleiben der Polen in Westpreußen angegeben. Ausgerechnet Unabhängige sollen ein derartiges Manifest erlassen haben — ein traurig-grimmiges Lächeln wird die Antwort der „Neupolen“ sein.

Zur Antwort auf die Aufforderung an die oberösterreichischen Bergarbeiter, keine Kohle für Ungarn und Polen zu liefern, ruft Korfanty die polnischen Arbeiter auf, nicht mit deutschen Sozialisten zusammenzuarbeiten. Aber Korfants Kredit bei den polnischen Arbeitern ist schon längst erschöpft.

Gutschoffs Rüstungen.

Das Kopendagener Blatt „Berlinske Tidende“ meldet aus Kowno, daß der russische Gegenrevolutionär Gutschoff in Ostpreußen ein Heer von 60 000 Mann (?) zusammengebracht habe, das zunächst über Lettland und Litauen vorstoßen solle, und dem auch viele Vermont-Soldaten angehörien.

Auf unsere Anfrage an amtlicher Stelle in Berlin wird uns gesagt, daß man davon nichts wisse und die Möglichkeit der Meldung bezweifle. Jedensfalls würde eine solche Aktion wohl zunächst den Widerstand Lettlands und Litauens zu brechen haben, die mit Sowjetrußland in Frieden leben.

Deutschland — der Feind!

Prog, 20. Juni (W.D.). Bei dem wochenlangen Großfest der tschechischen Solola (Turner) hielt der als Gast anwesende ehemalige französische Ministerpräsident Barthou eine Rede, in der er sagte, die Tschechen und Franzosen hätten denselben Feind. Er ruhe fort; Wir müßten uns bemühen, diesen Feind zu entwaffnen, damit er nie wieder gegen uns einen Angriff unternehmen kann. Das ist unser Interesse und das Interesse der gesamten Menschheit.

aber auch, den demokratischen zu betreten, befände sich also im Zustand vollständiger Passivität. — Verschiedene linksradikale Diskussionsrechner fanden von Seiten der Versammlung scharfe Ablehnung. Den Schluss bildete ein stürmisch aufgenommenes Hoch auf die alte Sozialdemokratische Partei.

In der Rixdamer-Centralhalle sprach Genosse Erwin Barth vor etwa 300 Versammelten. Die Versammlung nahm ohne Diskussion einen guten Verlauf.

In der Versammlung in der Schulaula, Grünhaldter Str. 3, referierte Genosse Bräuker. In der regen Diskussion trat besonders der Demokrat Herzberger hervor.

In den Pharus-Sälen referierte die Genossin Bohm-Schuch. Sie legte die Gründe dar, die die Sozialdemokratie veranlaßt habe, nicht in die Regierung einzutreten, und gestellte die arbeiterfeindliche Politik der U. S. P., die sich trotz der 80 Mandate vor einer praktischen Mitarbeit gedrückt habe. Der Besuch war trotz des schlechten Wetters gut.

Die Versammlung in der Schulheiß-Brauerei, Hasenstraße, war gut besucht. Genosse Seilmann referierte. Er ging auf den Wahlkampf und das Wahlergebnis zurück und kritisierte die Stellung der Unabhängigen bei der Regierungsbildung. Der Referent schloß mit der Versicherung, daß die Sozialdemokratie den geraden Weg weitergehen werde. Zwar sei eine Schlacht verloren, aber wir sind als Wehrheitspartei geblieben. Es sprach noch ein Kandidat, der aber mit seinen Ansichten absolut keinen Anklang fand. Die Versammlung nahm einen guten Verlauf.

In der Rixdamer-Centralhalle referierte Genosse Koblentz vor einer stark besuchten Versammlung, die seine vortrefflichen Ausführungen mit großem Beifall aufnahm.

Im Rixdamer-Centralhaus referierte vor einer gut besuchten Versammlung Genosse Siering. Die Diskussion war lebhaft und fand einen guten Abschluß.

Die Versammlung in den Kubensdorffsälen war gut besucht. Referent war Genosse Dr. Striemer. Seine Ausführungen fanden starken Beifall, zur Diskussion meldete sich niemand. Mit einem kurzen, kräftigen Schlusswort von Seiten des Versammlungsleiters Genossen Buchmann wurde die Versammlung geschlossen.

Genosse Buchsch referierte in den Muffler-Sälen vor circa 1000 Personen. In der Diskussion kamen Gegner ausgiebig zu Wort. Die Entschließung fand einstimmige Annahme.

In der Viktor-Luise-Schule in Wilmersdorf referierte die Genossin Juchacz. Es fand eine Diskussion statt, in der ein außerhalb der Parteien stehender Redner Kritik an unserer Partei übte. Stadtrat Genosse Appel und die Referentin erwiderten dem Diskussionsrechner.

Die Versammlung im Bürgergarten (Reinholdsdorf) litt unter der Ungunst des Wetters. Genosse Vogel-Kürnberg streifte in sachlichen und treffenden Ausführungen die Frage der Regierungsbildung und unser Verhalten gegenüber der neu gebildeten bürgerlichen Regierung. Die Gefahren derselben führte er ebenfalls vor Augen und ermahnte, einmütig für den Sozialismus zu wirken und neue Kräfte für denselben heranzuziehen. Eine Diskussion fand nicht statt.

Deutsch-tschechische Abkommen.

Prog, 20. Juni. (Tschecoslowakisches Pressbureau.) Auf Grund der in der zwischenstaatlichen Kommission, die von der tschechoslowakischen und der deutschen Regierung eingesetzt wurde, in Prag abgehaltenen Beratungen wurden vorläufig unter Vorbehalt drei Abkommen getroffen, und zwar: 1. ein Wirtschaftsabkommen; 2. ein Vertrag betr. die Staatsbürgerschaft; und 3. ein Abkommen über die Durchführung des Artikels 297 (Liquidation) des Friedensvertrags von Versailles.

Frankreichs wahres Gesicht.

Paris, 20. Juni. In der Kammer erklärte gestern der französische Kolonialminister Sarraut auf eine Anfrage, daß die Regierung das Mandat über Kamerun und Togo in eine Annexion zu verwandeln gedenke.

Rufstand in Marokko.

Paris, 20. Juni. (W.D.) Nach einer Dabameldung aus Casablanca wird von Taza gemeldet, daß eine große Aufregung bei den Beni-Uarain in den westlichen Bezirken herrsche, wo der Präsident Du Hamada das Kommando über eine Garde übernommen habe, die den Versuch mache, die Verriegelungsarbeiten zu zerstören. Die Eingeborenen seien von dem Vorken von Du Snadel angegriffen worden und hätten sich nach schweren Verlusten zurückgezogen. Nach einer weiteren Meldung aus Taza hat eine Schwadron Kavallerie unter dem Befehl des Paschas von Taza mit Eingeborenen einen Kampf gehabt, den sie abgedrungen hätten. Sie hätten Tote zurückgelassen.

Der Zabernprozess in neuer Auflage.

Frankfurt a. M., 20. Juni. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Staatsanwalt Kleinbömer, der in der Zabernsache die Zivilbevölkerung gegen die Militärs mit Rücksicht in Schutz nahm und besonders dafür sorgte, daß die vom Militär vorgenommenen Massenverhaftungen von Zivilisten in dem bekannten Pandurenkeller rückgängig gemacht wurden, ist jetzt Leiter der praefekturalen Nebenabteilung für kriegsloshingige Flüchtlinge in Frankfurt a. M. und in dieser Eigenschaft maßlosen Angriffen einer Opposition ausgesetzt, deren Führer der ehemalige Postsekretär Hartmann ist. Kleinbömer hatte nicht nur durch solche Angriffe in seiner amtlichen Eigenschaft zu leiden, sondern er wurde auch in öffentlichen Versammlungen aus äußerster angegriffen. Es wurde u. a. behauptet, daß er in dem Zabernprozess zugunsten der Militärs die Lügengeschicht aufgetragen sei. Auf Veranlassung seiner vorgelegten Behörde, in Berlin ging deshalb Kleinbömer gegen Hartmann vor, so daß heute vor dem Frankfurter Schöffengericht der Zabernprozess erneut zur Sprache kam. Die Verhandlungen endeten mit der Beurteilung Hartmanns wegen Verleumdung zu mehreren Monaten Gefängnis.

Vielleicht erinnern sich die Anhänger des „militaristischen“ Deutschland von heute, daß es kein Kanzler Mehrbach war, der damals in einer unergelichen Rede das Volk gegenüber den Reiter und Forstner vertat.

Das württembergische Staatsministerium wird folgendermaßen zusammengesetzt sein: Die bisherigen Minister Dr. Fischer, Staatspräsident und Kultus; Graf, Inneres; Volk, Justiz; Viehwirtschaft; Finanzen; früherer Ministerialrat jetzt Direktor bei Däumler Dr. Schall, Arbeit und Ernährung.

Koburg in Bayern. In der Schlußsitzung der Koburger Landesversammlung gab der bayerische Ministerpräsident Dr. von Kahr der Freude über den Anschluß Koburgs Ausdruck, worauf der Präsident den Landtag schloß.

Auch Hermes geht nach Spa. Die deutsche Vertretung in Spa soll auch der Reichsernährungsminister begleiten.

Der künftige Präsident Weis. Das Blatt „El Democrite“ meldet, daß alle politischen Parteien Weislos sich dahin geeinigt haben, für die kommenden Präsidentschaftswahlen die Kandidatur des Generals Obregon anzunehmen.

